



Amtsberichte
der kantonalen Gerichte
über das Jahr 2007

Amtsberichte der kantonalen Gerichte über das Jahr 2007

Kantonsgericht, Handelsgericht und Anklagekammer
Kassationsgericht
Verwaltungsgericht, Versicherungsgericht, Verwaltungsrekurskommission

Kantonsgericht, Handelsgericht und Anklagekammer	3
1. Personelles	4
2. Geschäftslast	5
3. Justizreformen	11
4. Justizverwaltung	13
5. Anwaltspatente	15
6. Rechtsagentenpatente	15
Anhang: Statistik	16
I. Kantonsgericht, Handelsgericht und Anklagekammer	16
II. Kreisgerichte	31
1. Übersichten	31
2. Zivilsachen	34
3. Strafsachen	42
4. Verschiedenes	44
5. Weiterzüge	44
III. Vermittlerämter	45
IV. Schlichtungsstellen für Miete und Pacht	46
Kassationsgericht	47
Verwaltungsgericht	49
1. Verwaltungsgericht	49
2. Versicherungsgericht	54
3. Verwaltungsrekurskommission	58

**Kantonsgericht, Handelsgericht und Anklagekammer
an den Kantonsrat des Kantons St.Gallen**

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir erstatten Ihnen gemäss Art. 45 Abs. 2 des Gerichtsgesetzes Bericht über die Amtsführung im Jahr 2007.

St.Gallen, im Februar 2008

Im Namen des Kantonsgerichtes,
Der Präsident:
Dr. Niklaus Oberholzer

Im Namen des Handelsgerichtes,
Der Präsident:
Prof. Dr. Dr. h.c. Christoph Leuenberger

Im Namen der Anklagekammer,
Der Präsident:
Dr. Niklaus Oberholzer

1. Personelles

a) Kantonsgericht (einschliesslich Handelsgericht und Anklagekammer)

Auf Ende August ist Kantonsrichter Leo Lorenzi von seinem Amt zurückgetreten. Er stand während 35 Jahren im Dienst der st.gallischen Justiz, gehörte dem Kantonsgericht seit 1982 an und präsierte das Gericht in den Jahren 1993/95. Als langjähriger Präsident der Strafkammer und der I. Zivilkammer, später dann als Mitglied der III. Zivilkammer, war Leo Lorenzi sich seiner Verantwortung als Richter immer in hohem Mass bewusst. Mit seinem aussergewöhnlich breiten juristischen Wissen und dank seiner hervorragenden menschlichen Qualitäten hat er das Kantonsgericht während eines Vierteljahrhunderts stark mitgeprägt.

Als Nachfolger wählte der Kantonsrat den bisherigen Ersatzrichter Rolf Brunner zum ordentlichen Kantonsrichter. Rolf Brunner war zuvor als Gerichtsschreiber am Kantonsgericht, später dann als Anwalt in Wattwil tätig. Seine Nachfolge als Ersatzrichter trat Patrick Guidon, stellvertretender Generalsekretär am Bundesstrafgericht in Bellinzona, an.

b) Kreisgerichte

Auf der Ebene der Kreisgerichtspräsidenten waren keine personellen Wechsel zu verzeichnen. Hingegen mussten am Kreisgericht St.Gallen drei Familienrichterinnen sowie am Kreisgericht Untertoggenburg-Gossau ein Familienrichter mit Teilzeitpensen neu gewählt werden.

c) Todesfälle

Im Berichtsjahr musste das Kantonsgericht leider auch von drei Todesfällen Kenntnis nehmen. Kurz vor Weihnachten ist alt Kantonsrichter Dr. Hans Steiner gestorben. Er war Richter am Kantonsgericht von 1963 bis 1977 und präsierte das Gericht in den Jahren 1971/73. Im Amt verstorben sind die beiden Familienrichterinnen Margrit Niedermann (Kreisgericht Rorschach) und Annelies Bösch (Kreisgericht St.Gallen).

2. Geschäftslast

a) Allgemeines

Bereits im letzten Amtsbericht war das neue Konzept der statistischen Fall-erfassung vorgestellt worden. Die unter Leitung des Kantonsgerichts entwickelten Arbeitsinstrumente erlauben eine differenziertere und damit aussagekräftigere Beurteilung der Geschäftslast. Die statistischen Angaben erfolgen auf der Grundlage der im letzten Amtsbericht gemachten Ausführungen. Bedingt durch das Inkrafttreten des Bundesgerichtsgesetzes sind beim Kantonsgericht Anpassungen hinsichtlich der Weiterzugsstatistik vorgenommen worden. Aufgrund des Übergangsrechts werden auch die altrechtlichen Weiterzüge an das Bundesgericht weiterhin ausgewiesen. Bei den Kreisgerichten werden neu deren Weiterzüge an das Kantonsgericht differenzierter aufgeführt.

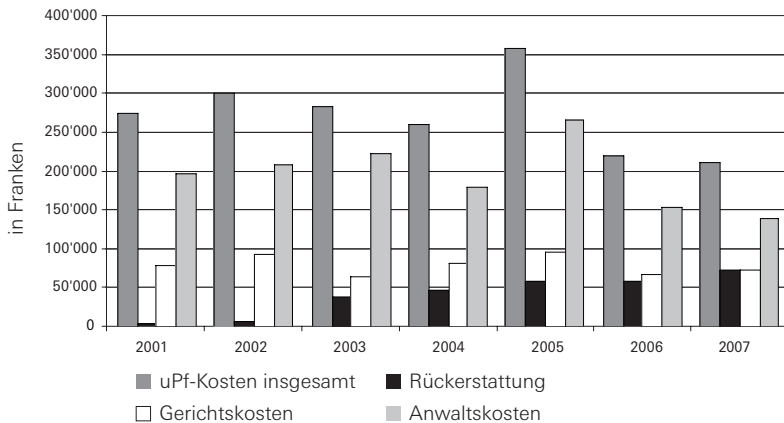
b) Geschäftslast Kantonsgericht (einschliesslich Handelsgericht und Anklagekammer)

Die Gesamtzahl der Neueingänge bewegt sich mit 1552 Fällen im Rahmen des Vorjahres. Leicht rückläufig sind die Berufungen in Zivilsachen sowie die Klagen beim Handelsgericht. Zugenommen haben andererseits in einzelnen Bereichen die Präsidialfälle. Die Pendenzen konnten durch eine Zunahme der Erledigungen um knapp 100 auf 388 Fälle abgebaut werden. Bei der II. Zivilkammer fällt ein deutlicher Rückgang der Falleingänge bei den Ehescheidungen / Scheidungsfolgen (24 [Vorjahr 41]) auf. Dementsprechend haben auch die Gesuche um unentgeltliche Prozessführung (78 [Vorjahr 102]) abgenommen. Bei der III. Zivilkammer haben die präsidialen Falleingänge insgesamt zugenommen: so sind im Berichtsjahr 48 Rechtsverweigerungs- und Kostenbeschwerden (Vorjahr 35) eingegangen und haben auch die Gesuche um unentgeltliche Rechtspflege zugenommen (24 [Vorjahr 14]). Nach dem im Jahr 2005 erreichten Höchststand liegen die Falleingänge beim Handelsgericht (105 [Vorjahr 118]) wieder im normalen Rahmen. Einen beträchtlichen Aufwand verursachte insbesondere ein komplexer bankenrechtlicher Haftungsfall. In der Strafkammer liegen die Berufungen mit 121 Eingängen im Rahmen des Vorjahres (125). Nachdem im Vorjahr ein Kreisgericht ein ausserordentlich aufwändiges Strafverfahren abschliessen konnte, wurde der Fall durch Berufung an das Kantonsgericht weitergezogen. Die Strafkammer wird sich über das Berichtsjahr hinaus mit diesem Fall zu beschäftigen haben. Fast unverändert sind die Eingänge (27) im Vergleich zum Vorjahr (30) bei der Aufsichtsbehörde für Schuldbetreibung und Konkurs und über das Handelsregister. Während die Falleingänge beim Einzelrichter für Rekurse ZGB praktisch unverändert sind (26 [Vorjahr 27]), haben die Falleingänge beim Einzelrichter für Rekurse OR einen deutlichen Anstieg (45 [Vorjahr 31]), beim Einzelrichter Rekurse SchKG eine Abnahme (67

[Vorjahr 78]) erfahren. Die Rekurse im Eheschutz bleiben mit 57 Eingängen im Vergleich zu früheren Jahren auf einem tiefen Niveau. Praktisch unverändert sind die Falleingänge bei der Anklagekammer (331 [Vorjahr 334]), während bei der Anwaltskammer gegenüber dem Vorjahr (21) deutlich mehr Fälle eingegangen sind (32), was vor allem auf eine Zunahme bei den Kammerfällen zurückzuführen ist. Neben den Entscheiden und verfahrensleitenden Verfügungen, welche in der Fallstatistik erfasst werden, gibt es eine Vielzahl kleinerer Verfügungen (Sistierungen, etc.), die nicht als Fälle erfasst und ausgewiesen werden.

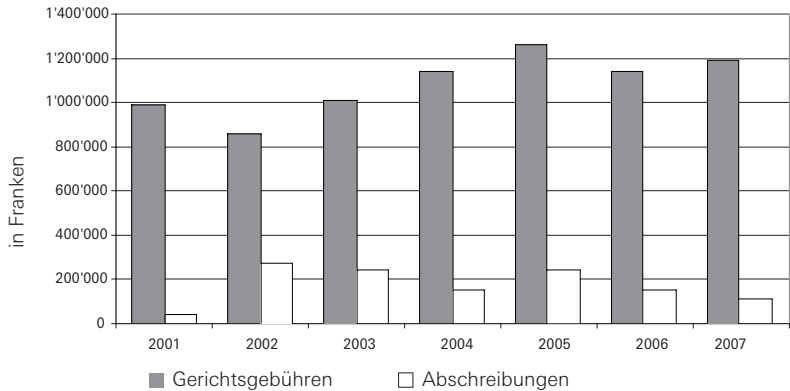
Die Gesuche um unentgeltliche Prozessführung liegen insgesamt leicht unter dem Ergebnis des Vorjahres (123 [Vorjahr 130]). Annähernd $\frac{2}{3}$ der Gesuche (78) betreffen Verfahren in Familiensachen. Die Abrechnung der insgesamt bewilligten Gesuche ergibt im Vergleich zum Vorjahr leicht tiefere Kosten. Mit der systematischen Bewirtschaftung der Nachforderungen konnten im Berichtsjahr rund $\frac{1}{3}$ der einstweilen erlassenen Gerichtsgebühren und ausgerichteten Anwaltsentschädigungen wieder eingebracht werden.

Unentgeltliche Prozessführung (amtliche Verteidigung wird über das JPD abgerechnet)



Trotz mehr oder wenig gleichbleibender Fallzahlen wurden gegenüber dem Vorjahr insgesamt leicht höhere Gerichtsgebühren gesprochen. Die Situation bezüglich der Abschreibung nicht eintreibbarer Gerichtsgebühren hat sich gegenüber dem Vorjahr noch einmal verbessert.

Gerichtsgebühren in Zivilverfahren (Strafverfahren werden über die Staatsanwaltschaft abgerechnet)



Für die Rechtsprechung wird auf die Gerichts- und Verwaltungspraxis 2007 (GVP) verwiesen.

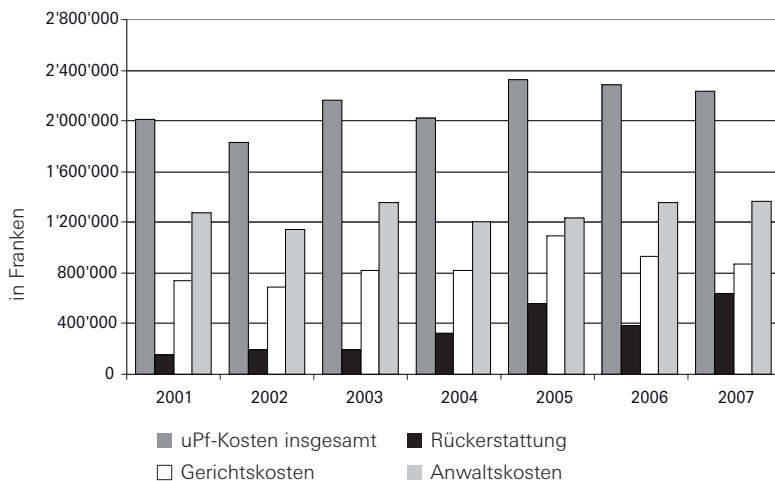
c) Geschäftslast Kreisgerichte

Die Gesamtzahl der Falleingänge hat gegenüber dem Vorjahr um rund 6% abgenommen (12 668 [Vorjahr 13 468]). Mit Ausnahme eines Gerichtes sind die Eingänge bei allen Gerichten rückläufig. Wie schon im Vorjahr haben die Kollegialgerichtsfälle in Strafsachen im Berichtsjahr weiter abgenommen (-19% [2006 gegenüber 2005], -29% [2007 gegenüber 2006]), dagegen haben die Kollegialfälle in Zivilsachen (ohne Ehescheidungen / -trennungen) gegenüber dem Vorjahr um fast 20% zugenommen. Bei den Straffällen liegt damit das Niveau der Falleingänge nach dem starken Anstieg in den Vorjahren (+70% [seit 2002 bis zum Höchststand 2004]) erstmals wieder unter jenem des Jahres 2002. Eine Tendenz lässt sich daraus allerdings noch nicht ableiten. Während im Vorjahr vor allem ein Rückgang bei den Kollegialgerichtsfällen feststellbar war, lässt sich der Rückgang der gesamten Falleingänge im Berichtsjahr mit einer Abnahme der Einzelrichterfälle namentlich im Bereich der Zivilsachen im Summarverfahren (Rechtsöffnungen: -7%, Konkursöffnungen: -8%), des Arbeitsgerichtspräsidenten (-10%) und des Haftrichters (Haftanordnung: -22%, Haftverlängerung: -18%) erklären. Die Kollegial- und Einzelrichterfälle bei den

Ehescheidungen / -trennungen sind wie bereits in den vergangenen Jahren rückläufig. Die Neueingänge sind seit dem Jahr 2004 (1487) bis zum Berichtsjahr (1205) um fast 20% zurückgegangen. Die Gesuche um Eheschutz erreichen mit 594 Eingängen knapp das Ergebnis des Vorjahres (605). Die Gesuche um vorsorgliche Massnahmen bei den Ehescheidungen / -trennungen haben im Verhältnis zum Vorjahr um 15% abgenommen.

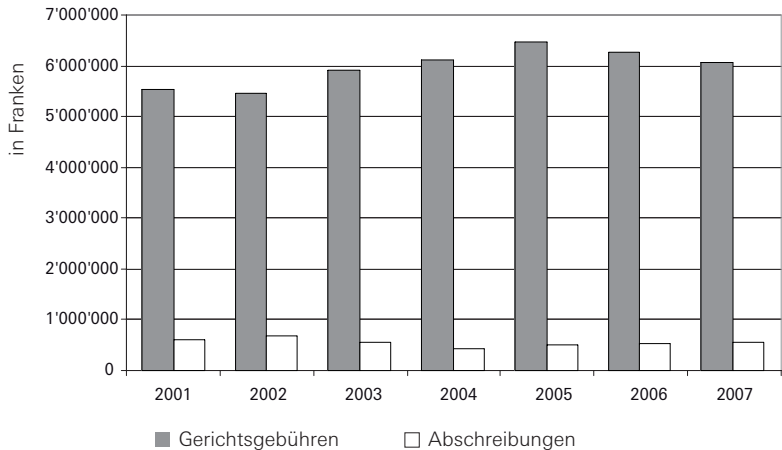
Die Gesuche um unentgeltliche Prozessführung sind mit 1309 [Vorjahr 1419] ebenfalls rückläufig, was sich auch in der Entwicklung der Kosten der unentgeltlichen Prozessführung niederschlägt. Wie beim Kantonsgericht sind auch hier die (erfolgreichen) Bemühungen um die systematische Bewirtschaftung der Nachforderungen aus unentgeltlicher Prozessführung festzuhalten.

Unentgeltliche Prozessführung (amtliche Verteidigung wird über das JPD abgerechnet)



Die Fallentwicklung schlägt sich auch in den gesprochenen Gebühren nieder. Die Abschreibung nicht eintreibbarer Gerichtsgebühren liegt auf dem Niveau des Vorjahres.

Gerichtsgebühren (Strafverfahren werden über die Staatsanwaltschaft abgerechnet)



d) Verfahrensdauern

Nachstehend werden die Verfahrensdauern, beschränkt auf die gewichtigeren Verfahren des Kantonsgerichts und der Kreisgerichte, dargestellt (s. für weitergehendere Informationen: Amtsbericht 2006, S. 10 ff.).

aa) Kantonsgericht

Wie schon im Vorjahr konnte fast die Hälfte aller Verfahren innert sechs Monaten erledigt werden. Rund drei Viertel der Fälle wurde innert eines Jahres erledigt.

Nur grössere Verfahren	Dauer des Verfahrens (in Monaten)					
	bis 6	bis 9	bis 12	bis 15	bis 18	über 18
Berufungen Zivilrecht I. u. III. ZK (Zuständigkeit Kammer)	20	20	9	11	7	9
Berufungen Zivilrecht I. u. III. ZK (Zuständigkeit Präsident)	22	8	1	1	1	1
Berufungen Zivilrecht II. ZK (Zuständigkeit Kammer)	31	11	7	3	1	0
Eheschutz II. ZK (Zuständigkeit Einzelrichter)	53	3	0	1	0	2
Prozesse Handelsgericht (Zuständigkeit Gericht)	16	8	5	3	10	14
Vorsorgliche Massnahmen Handels- gericht (Zuständigkeit Präsident)	11	1	0	0	0	1
Berufungen Strafrecht SK (Zuständigkeit Kammer)	40	26	31	24	12	8
In Prozenten	45%	18%	12%	10%	7%	8%

bb) Kreisgerichte

Über die Hälfte aller Fälle konnte innert sechs Monaten und über 80% aller Fälle konnten innert eines Jahres erledigt werden.

Nur grössere Verfahren	Dauer des Verfahrens (in Monaten)					
	bis 6	bis 9	bis 12	bis 15	bis 18	über 18
Prozesse Zivilrecht (ohne Ehescheid.) (Zuständigkeit Kreisgericht)	194	88	51	54	21	61
Prozesse Zivilrecht (ohne Ehescheid.) (Zuständigkeit Kreisgerichtspräsident [im einfachen Verfahren])	369	83	19	13	5	6
Ehescheidungen/-trennungen (Zuständigkeit Gericht/Fam'Richter)	708	231	120	64	28	90
Eheschutz (Zuständigkeit Einzelrichter)	520	38	14	13	6	15
Prozesse Strafrecht (Zuständigkeit Gericht)	161	68	19	13	2	12
Prozesse Strafrecht (Zuständigkeit Einzelrichter)	232	59	25	3	8	14
In Prozenten	64%	17%	7%	5%	2%	6%

3. Justizreformen

Während es um die Justiz lange Zeit still geblieben ist, hat sich das Bild in den vergangenen Jahren entscheidend verändert. Auf eidgenössischer Ebene ist mit der Einführung des Bundesstrafgerichts (2004) und des Bundesverwaltungsgerichts (2007) eine umfassende Reorganisation der Justizbehörden in Angriff genommen worden. Seit anfang 2007 ist das Bundesgesetz über das Bundesgericht in Kraft, welches die Rechtsmittel gegen letztinstanzliche kantonale Entscheide und das Verfahren vor dem Bundesgericht auf eine neue Grundlage stellt. Schliesslich ist im September 2007 das Vernehmlassungsverfahren zu einem neuen Gesetz über die Organisation der Strafbehörden des Bundes eröffnet worden.

Aber auch die Zivil- und Strafjustiz der Kantone steht in den nächsten Jahren vor gewichtigen Herausforderungen. Bis vor kurzem noch kam dem Bund allein die Gesetzgebungshoheit im Bereich des materiellen Zivil- und Strafrechts zu. Die Organisation der Gerichte und die Ausgestaltung des Verfahrens blieb den Kantonen vorbehalten. Die insgesamt 26 kantonalen Zivil- und Strafprozessgesetze weisen eine erhebliche Vielfalt auf und sind geprägt von den individuellen Besonderheiten der einzelnen Kantone. Verschiedene Ansätze zu einer Vereinheitlichung der Prozessgesetzgebung reichen bis weit in das vorletzte Jahrhundert zurück. Aber erst mit der Justizreform des Bundes (Art. 122f. BV) wurden im Jahr 2003 die verfassungsrechtlichen Grundlagen für die Einführung einheitlicher Prozessordnungen geschaffen.

Die schweizerische Strafprozessordnung wurde in der Herbstsession 2007 von den Eidgenössischen Räten definitiv verabschiedet. Der Entwurf zur Zivilprozessordnung lag dem Ständerat in der Sommersession 2007 zur Beratung vor; dieser bereinigte als Erstrat die Vorlage. Der Gang der bisherigen Beratungen hat gezeigt, dass das Gesetzgebungsprojekt zügig voranschreitet, so dass mit der Schlussabstimmung in beiden Räten noch im Verlauf des Jahres 2008 gerechnet werden kann. Das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement geht nach dem derzeitigen Planungsstand davon aus, dass die beiden Gesetze – Strafprozessordnung und Zivilprozessordnung – auf anfang 2010 in Kraft gesetzt werden können.

Mit dem Inkrafttreten der schweizerischen Zivilprozessordnung und Strafprozessordnung wird eine mehr als 200-jährige Tradition kantonaler Gesetzgebungshoheit zu Ende gehen. Gewohnte Institutionen und Abläufe werden verschwinden, kantonale Eigenarten wird es nicht mehr geben, und die kantonale Justiz wird sich mit neuen verfahrensrechtlichen Bestimmungen vertraut machen müssen. Darin liegt nicht nur eine grosse Herausforderung, sondern es eröffnen sich auch Chancen, die es zu nutzen gilt.

Der Kanton St.Gallen ist für die Umsetzung dieses Jahrhundertwerks gerüstet. Bereits im Jahr 2000 erfolgte im Rahmen der Totalrevision des Gesetzes über die Strafrechtspflege eine Reorganisation der Untersuchungsbehörden. Die ge-

trennten Funktionen der Untersuchungsführung und Anklageerhebung wurden in einer Behörde zusammengefasst und eine für das gesamte Kantonsgebiet zuständige, hierarchisch organisierte Staatsanwaltschaft geschaffen. Damit wurde einer der Kernpunkte der schon damals in den Grundzügen absehbaren gesamtschweizerischen Regelung vorweggenommen. Im Hinblick auf die Umsetzung des neuen Rechts werden indessen noch zahlreiche Anpassungen organisatorischer und verfahrensmässiger Natur erforderlich sein. Unter Federführung des Sicherheits- und Justizdepartements hat eine aus Vertretern der Justiz, der Staatsanwaltschaft, der Polizei und der Verwaltung zusammengesetzte Projektgruppe ihre Arbeit aufgenommen, damit rechtzeitig die nötigen Instrumente zur Verfügung stehen. Da das Schwergewicht des Strafverfahrens in der Untersuchung liegt, werden von den Neuerungen in erster Linie Polizei und Staatsanwaltschaft betroffen sein. Für die Justiz werden sich Änderungen vor allem im Bereich des Zwangsmassnahmengerichts und der Beschwerdeinstanz, hinsichtlich der Ausdehnung der Kompetenzen des Einzelgerichts sowie in Bezug auf die Ausgestaltung der künftigen, vermehrt nach den Grundsätzen der Mündlichkeit und Unmittelbarkeit auszurichtenden Hauptverhandlung ergeben.

Auch unter der Geltung der schweizerischen Prozessordnungen bleiben die Kantone für die Organisation der Gerichte zuständig, soweit die Gesetzgebung des Bundes nichts anderes bestimmt. Das kantonale Gerichtsgesetz und die kantonale Zivilprozessordnung sind vor nicht allzu langer Zeit revidiert worden. Soweit sich im Hinblick auf die neue schweizerische Zivilprozessordnung ein Handlungsbedarf ergibt, wurden die erforderlichen Anpassungen mit der vom Kantonsrat in der Novembersession 2007 verabschiedeten Justizreform vorgenommen. Gegen das IV. Nachtragsgesetz zum Gerichtsgesetz ist das Referendum ergriffen worden, so dass zum heutigen Zeitpunkt das Schicksal dieses Reformvorhabens noch nicht feststeht.

Damit ist ungewiss, ob die Justizreform in Kraft tritt. Tritt sie indessen in Kraft, steht bereits heute fest, dass sie auf Juni 2009 umzusetzen sein wird; dann endet nämlich die Amtsdauer der bisherigen Kreisrichter und Kreisrichterrinnen. Das Kantonsgericht hat deshalb in enger Zusammenarbeit mit dem Sicherheits- und Justizdepartement die erforderlichen Vorbereitungen getroffen, damit im Bedarfsfall die neuen Strukturen greifen können. Bereits im Jahr 2006 waren Erhebungen getätigt worden, welche im Zusammenhang mit der Entwicklung der Fallzahlen der einzelnen Kreisgerichte eine kontinuierliche Beurteilung der Belastungssituation erlauben. Gestützt darauf wird es zunächst darum gehen, den vorhandenen Personalbestand auf die neu mit den Wahlkreisen für den Kantonsrat übereinstimmenden Kreisgerichte aufzuteilen. Erst damit werden die Voraussetzungen für die auf Beginn der neuen Amtsdauer 2009/15 vorzunehmende Volkswahl der Richterinnen und Richter gegeben sein. Schliesslich wird auch noch die Gerichtsordnung des Kantonsgerichts den neuen Gegebenheiten anzupassen sein, damit ein erfolgreicher Start der revidierten Gerichtsorganisation gewährleistet ist.

4. Justizverwaltung

a) Aufsichtstätigkeit

Neben den üblichen Geschäften im Rahmen der Aufsichtstätigkeit führte das Kantonsgericht im Berichtsjahr Arbeitsbesuche bei den Kreisgerichten Obertoggenburg-Neutoggenburg und St.Gallen durch. Ein weiterer Arbeitsbesuch fand beim Kreisgericht Untertoggenburg-Gossau statt. Hintergrund bildete das Anliegen des Kreisgerichts, nach dem Rücktritt einer Familienrichterin ein neues Familienrichterpensum in Teilzeit zu schaffen. Das Kantonsgericht verband seine Zustimmung mit Auflagen, welche das Kreisgericht zum Anlass nahm, seine Personalstruktur und Fallzuteilung grundsätzlich zu überprüfen. Am Kreisgericht St.Gallen war eine Übergangslösung zu finden, nachdem drei Familienrichterinnen aus dem Amt ausgeschieden waren.

Ende des Berichtsjahres fand eine Zusammenkunft der geschäftsleitenden Kreisgerichtspräsidenten und -präsidentinnen mit dem Kantonsgerichtspräsidium statt. Dabei wurden für den Fall des Inkrafttretens des IV. Nachtrags zum Gerichtsgesetz der generelle Handlungsbedarf und die Zeitverhältnisse aufgezeigt.

Im Zusammenhang mit Ersatzwahlen bei den Kreisgerichten stellte sich verschiedentlich die Frage nach einer angemessenen Vorbereitungszeit für die politischen Parteien. Auch wenn aus Sicht des Kantonsgerichts eine möglichst umgehende Neubesetzung zu begrüßen wäre, hat es im Rahmen eines Meinungsaustauschs mit der Rechtspflegekommission das Bedürfnis nach einer sorgfältigen Evaluation der für eine Ersatzwahl in Frage kommenden Kandidaten und Kandidatinnen ausdrücklich anerkannt. Dementsprechend soll in der Regel den politischen Parteien ab Bekanntmachung der Ersatzwahl ein Zeitraum von zwei Monaten für die Einreichung von Wahlvorschlägen zur Verfügung stehen.

Kantonsgericht und Verwaltungsgericht haben sich auf Anfrage eines Anbieters eines elektronischen Informationsportals bereit erklärt, regelmässig Urteile, welche auf der Homepage der st.gallischen Gerichte publiziert werden, zur Verfügung zu stellen (verschiedene andere kantonale Obergerichte und das Bundesgericht haben sich der Lösung bereits angeschlossen). Ziel ist die Schaffung einer einfachen und zentralen Überblicksmöglichkeit namentlich über die aktuell publizierten Entscheide der kantonalen Gerichte.

Das Kantonsgericht konnte im Berichtsjahr vom Ergebnis einer im Vorjahr bei der Staatsverwaltung und den Gerichten durchgeführten Personalbefragung Kenntnis nehmen. Das Ergebnis sowohl bezüglich Kantonsgericht als auch Kreisgerichten ergab insgesamt ein positives Stimmungsbild des Justiz- und Verwaltungspersonals, so dass nach keiner Richtung ein Handlungsbedarf bestand.

In zwei Fällen hatte das Kantonsgericht zu prüfen, ob einem akkreditierten Gerichtsberichterstatte die Zulassung zu entziehen sei. In beiden Fällen stellte sich die Frage, inwiefern im Rahmen einer «Prozessvorschau» Kenntnisse aus

den Gerichtsakten in unzulässiger Weise verwertet wurden und der Gerichtsbe-richterstatter damit gegen seine Pflichten verstossen hatte. Im einen Fall stellte das Kantonsgericht eine Pflichtverletzung fest und sprach eine Verwarnung aus, im anderen Fall konnte es keine Pflichtverletzung erkennen.

b) Teilrevision Honorarordnung

Das Kantonsgericht erliess – nach Anhörung des Anwaltsverbands und mit Genehmigung der Regierung – im Februar des Berichtsjahres einen V. Nachtrag zur Honorarordnung für Rechtsanwälte und Rechtsagenten. Anlass dazu bildete eine Änderung der bundesgerichtlichen Praxis zur Entschädigung bei unentgeltlicher Prozessführung. Der Nachtrag enthält im Wesentlichen eine Anpassung des Stundenansatzes und der Pauschalen sowie eine neue Bestimmung zur Kostenbeteiligung der mit unentgeltlicher Prozessführung bzw. amtlicher Verteidigung prozessierenden Partei. Der Nachtrag trat am 1. Juli 2007 in Kraft. Auf den gleichen Zeitpunkt hin erliess das Kantonsgericht Richtlinien zur unentgeltlichen Prozessführung und Honorarbemessung, welche auf der Website der Gerichte publiziert sind. Mit der Richtlinie wird die bestehende Praxis zusammengefasst und werden auch Klarstellungen vorgenommen. Insgesamt soll damit vermehrt zu Rechtssicherheit und Transparenz beigetragen werden.

c) Fortbildung

Das Kantonsgericht führte anfangs des Berichtsjahres eine Weiterbildungsveranstaltung zum neuen Allgemeinen Teil des Strafgesetzbuches durch. Sodann bot das Kantonsgericht ein Seminar zur Redaktion von Urteilsbegründungen an. Die familienrechtlichen Weiterbildungen wurden fortgeführt. Im Rahmen der «Fortbildungsveranstaltungsreihe» Blick hinter die Kulissen für die nichtjuristischen Mitarbeitenden wurde die Ausstellung «Strafen» besucht. Die Kantonale Aufsichtsbehörde für Schuldbetreibung und Konkurs führte an zwei Tagen eine eintägige Weiterbildung für die Betreibungs- und Konkursbeamten der Kantone St.Gallen, Appenzell-Ausserrhoden, Appenzell-Innerrhoden sowie Glarus durch.

d) Vernehmlassungen

Das Kantonsgericht nahm im Berichtsjahr zu folgenden eidgenössischen Vernehmlassungen Stellung: parlamentarische Initiative zu Art. 111 ZGB, Übereinkommen über die internationale Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen von Kindern und andern Familienmitgliedern, UNO-Übereinkommen CAT. Auf kantonaler Ebene nahm das Kantonsgericht Stellung zur Anpassung des kantonalen Verordnungsrechts an das Partnerschaftsgesetz sowie zum III. Nachtrag zur Zivilprozessverordnung. Auf weitere Vernehmlassungen wurde verzichtet, weil die Gerichte nicht berührt waren oder es sich um politische Fragen handelte.

5. Anwaltspatente

Die Anwaltskammer erteilte das Anwaltspatent an folgende 42 Bewerberinnen und Bewerber:

lic.iur. Marcel Aebischer
lic.iur. Fabienne Arbeit
lic.iur. Stefan Beck
lic.iur. Olivier Bender
lic.iur. Daniel Betschart
lic.iur. Marisa Buchegger
lic.iur. Daniela Dörig
lic.iur. Jan Duttweiler
lic.iur. Philipp Frech
lic.iur. René Fuchs
lic.iur. Stefan Gerschwiler
lic.iur. Gabriela Glaus
lic.iur. Manuela Herzog
lic.iur. Marion Jakob
lic.iur. Robert Jenny
lic.iur. Reto Joos
lic.iur. Madeleine Keel
MLaw Nadja Kubat
lic.iur. Michael Kummer
lic.iur. Patricia Künzle
lic.iur. Miriam Lendfers

lic.iur. Patric Looser
lic.iur. Christian Maier
lic.iur. Stephan Metz
lic.iur. Sonja Meyer
lic.iur. Nicole Mittner
lic.iur. Yvonne Niederer
lic.iur. Raphael M. Nusser
lic.iur. Nadine Osterwalder
lic.iur. Gion Pagnoncini
lic.iur. Tanja Pekeljovic
lic.iur. Christa Rempfler
lic.iur. Marco Rinaldi
lic.iur. Reto Schmid
lic.rer.publ., lic.iur. Jasmine Schmid-Hauser
lic.iur. Franziska Schmitt
lic.iur. Sabrina Schneider
lic.iur. Sascha Stocker
lic.iur. Ursula Strauss
lic.iur. Manuela Studach
lic.iur. Madeleine Wallner
lic.iur. Martin Würmli

6. Rechtsagentenpatente

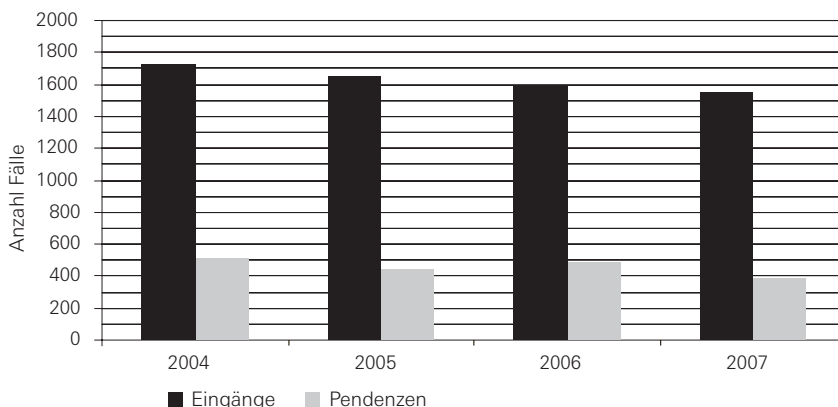
Die Anwaltskammer erteilte das Rechtsagentenpatent an folgende 3 Bewerber:

Marcel Fürer
Martin Schafflützel
Markus P. Thoma

I. Kantonsgericht, Handelsgericht und Anklagekammer

Gesamtübersicht²

	Eingänge in den Vorjahren				Eingänge 2007	Insgesamt	Erledigt 2007	Pendent Ende 2007
	2004	2005	2006	Übertrag 2006				
I. Zivilkammer	8	24	26	21	17	38	28	10
II. Zivilkammer	199	169	216	78	174	252	200	52
III. Zivilkammer	178	203	159	79	175	254	187	67
Strafkammer	165	169	192	110	213	323	230	93
Handelsgericht	109	124	118	82	105	187	102	85
Aufsichtsbehörde SchK u. HReg	35	29	30	4	27	31	30	1
Anklagekammer	371	374	334	42	331	373	344	29
Anwaltskammer	38	27	21	6	32	38	32	6
Einzelrichter für Rekurse:								
– im Personen-, Erb-, Sachenrecht	23	12	27	7	26	33	30	3
– in Familiensachen	88	69	64	20	67	87	70	17
– im Obligationenrecht	35	32	31	4	45	49	45	4
– im SchKG-Verfahren	73	86	78	13	67	80	69	11
Einzelrichter R'hilfe u. Schiedsgericht	293	260	234	17	222	239	229	10
Kantonsgerichtspräsident	104	70	56	1	51	52	52	–
	1719	1648	1586	484	1552	2036	1648	388



1 Siehe Erläuterungen im Amtsbericht Ziff. 2 lit. a

2 Ohne administrative und aufsichtsrechtliche Tätigkeiten (s. Anwaltskammer); gilt auch betreffend die Vorjahre.

Pendente Fälle

	Insgesamt	Eingeschrieben			
		2004 oder früher	2005	2006	2007
I. Zivilkammer	10	–	–	2	8
II. Zivilkammer	52	1	–	8	43
III. Zivilkammer	67	4	1	11	51
Strafkammer	93	–	–	16	77
Handelsgericht	85	4	7	16	58
Aufsichtsbehörde SchK u. HReg	1	–	–	–	1
Anlagekammer	29	–	–	–	29
Anwaltskammer ³	6	1	–	–	5
Einzelrichter für Rekurse:					
– im Personen-, Erb-, Sachenrecht	3	–	–	–	3
– in Familiensachen	17	–	–	1	16
– im Obligationenrecht	4	–	–	–	4
– im SchKG-Verfahren	11	–	–	–	11
Einzelrichter Rechtshilfe u. Schiedsgericht ⁴	10	–	–	–	10
Kantonsgerichtspräsident	–	–	–	–	–
	388	10	8	54	316

³ Siehe Fn. 2

⁴ Siehe Fn. 2

	Geschäftslast		Erledigung durch				Urteilsmässige Erledigungsart			
	Übertrag 2006	Eingänge 2007	Insgesamt	Entscheid	Beschluss	Insgesamt	Pendent	Geschützt	Teilweise geschützt/ Konvention	Abgewiesen/ Nichteintreten
I. Zivilkammer										
Zuständigkeit der Kammer										
Berufungen nach Sachgebiet										
Personenrecht	3	1	4	1	1	2	2	–	–	1
Erbrecht	6	3	9	5	3	8	1	2	1	2
Sachenrecht	8	3	11	7	–	7	4	–	3	4
Verschiedenes	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Zwischentotal	17	7	24	13	4	17	7	2	4	7
Zuständigkeit des Präsidenten										
Berufungen nach Sachgebiet										
Personenrecht	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Erbrecht	–	1	1	1	–	1	–	–	–	1
Sachenrecht	3	5	8	6	–	6	2	1	1	4
Präsidiale Verfügungen										
Vorsorgliche Massnahmen	–	1	1	1	–	1	–	–	–	1
Sicherheitsleistung (Kaution)	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Unentgeltliche Prozessführung	–	1	1	1	–	1	–	–	–	1
Rekurse betr. unentgeltl. Prozessführung										
Verschiedenes	1	2	3	2	–	2	1	–	1	1
Zwischentotal	4	10	14	11	–	11	3	1	2	8
Insgesamt	21	17	38	24	4	28	10	3	6	15

II. Zivilkammer

Zuständigkeit der Kammer

Berufungen nach Sachgebiet

	Geschäftslast			Erledigung durch				Urteilsmäßige Erledigungsart		
	Übertrag 2006	Eingänge 2007	Insgesamt	Entscheid	Beschluss	Insgesamt	Pendent	Geschützt	Teilweise geschützt/ Konvention	Abgewiesen/ Nichttreten
Scheidungen/Scheidungsfolgen	23	24	47	26	8	34	13	3	18	5
Abänderungen	3	13	16	6	5	11	5	-	3	3
Mündigenunterhalt	1	-	1	1	-	1	-	1	-	-
Vaterschaft	1	4	5	1	2	3	2	-	-	1
Entscheide Departement (Kindes- / Vormundschaftsrecht	1	-	1	1	-	1	-	-	1	-
Rechtsverweigerungs- und Kosten- beschwerden	-	2	2	2	-	2	-	-	-	2
Verschiedenes	-	3	3	1	-	1	2	-	1	-
Zwischentotal	29	46	75	38	15	53	22	4	23	11

Zuständigkeit des Präsidenten

Berufungen

Scheidung auf gemeinsames Begehren . .	-	1	1	-	1	1	-	-	-	-
Rechtsverweigerungsbeschwerden (insbes. vorsorgliche Massnahmen)	5	23	28	18	4	22	6	8	1	9
Präsidiale Verfügungen										
Vorsorgliche Massnahmen	3	8	11	10	1	11	-	3	4	3
Unentgeltliche Prozessführung	39	78	117	90	4	94	23	73	-	17
Rekurse betr. unentgeltl. Prozessführung . .	2	14	16	11	4	15	1	4	1	6
Verschiedenes	-	4	4	4	-	4	-	1	1	2
Zwischentotal	49	128	177	133	14	147	30	89	7	37
Insgesamt	78	174	252	171	29	200	52	93	30	48

	Geschäftslast			Erledigung durch				Urteilsmässige Erledigungsart		
	Übertrag 2006	Eingänge 2007	Insgesamt	Entscheid	Beschluss	Insgesamt	Pendant	Geschützt	Teilweise geschützt/ Konvention	Abgewiesen/ Nichtentreten
III. Zivilkammer										
Zuständigkeit der Kammer										
Berufungen nach Sachgebiet										
Haftpflichtrecht	1	2	3	1	1	2	1	–	–	1
Ungerechtfertigte Bereicherung	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Kaufvertragsrecht	1	3	4	2	1	3	1	1	–	1
Miet- und Pachtrecht	3	8	11	4	3	7	4	2	–	2
Arbeitsvertragsrecht	12	20	32	15	4	19	13	1	7	7
Werkvertragsrecht	9	8	17	3	2	5	12	1	1	1
Auftrag	2	3	5	2	–	2	3	1	–	1
Gesellschaftsrecht	–	1	1	–	–	–	1	–	–	–
Übriges Obligationenrecht	21	4	25	14	1	15	10	1	9	4
Gleichstellung	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Versicherungsvertragsrecht	2	1	3	2	1	3	–	–	1	1
Schuldbetreibungs- und Konkursrecht . .	2	1	3	3	–	3	–	1	2	–
Öffentlich-rechtliche Verantwortlichkeit . .	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Direktprozesse										
Urheberrecht	3	–	3	–	2	2	1	–	–	–
Prorogationen	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Beschwerden										
Rechtsverweigerungs- und Kostenbeschwerden	–	1	1	–	–	–	1	–	–	–
Nichtigkeitsbeschwerden gegen Schiedsgerichtsentscheide	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Beschwerden gegen Entscheide Anwaltskammer/Prüfungskommission für Rechtsanwälte und Rechtsagenten . .	–	4	4	3	–	3	1	1	1	1
Verschiedenes	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Zwischentotal	56	56	112	49	15	64	48	9	21	19

	Geschäftslast		Erledigung durch					Urteilsmäßige Erledigungsart		
	Übertrag 2006	Eingänge 2007	Insgesamt	Entscheid	Beschluss	Insgesamt	Pendent	Geschützt	Teilweise geschützt/ Konvention	Abgewiesen/ Nichttreten
Zuständigkeit des Präsidenten										
Berufungen nach Sachgebiet										
Haftpflichtrecht	1	–	1	1	–	1	–	–	1	–
Ungerechtfertigte Bereicherung	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Kaufvertragsrecht	–	6	6	4	1	5	1	–	–	4
Miet- und Pachtrecht	4	7	11	9	2	11	–	2	2	5
Arbeitsvertragsrecht	–	2	2	1	–	1	1	–	1	–
Werkvertragsrecht	1	1	2	1	–	1	1	1	–	–
Auftrag	–	3	3	2	–	2	1	–	2	–
Gesellschaftsrecht	–	1	1	1	–	1	–	–	–	1
Übriges Obligationenrecht	1	4	5	3	–	3	2	–	1	2
Gleichstellung	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Versicherungsvertragsrecht	–	1	1	1	–	1	–	–	1	–
Schuldbetreibungs- und Konkursrecht	–	2	2	–	1	1	1	–	–	–
Öffentlich-rechtliche Verantwortlichkeit	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Rechtsverweigerungs- und Kostenbeschwerden	9	48	57	46	3	49	8	7	–	39
Präsidiale Verfügungen										
Vorsorgliche Massnahmen allgemein	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Vorsorgliche Massnahmen Urheberrecht	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Sicherheitsleistung	1	3	4	4	–	4	–	4	–	–
Unentgeltliche Prozessführung	4	24	28	23	2	25	3	2	–	21
Rekurse betr. unentgeltl. Prozessführung	2	17	19	17	1	18	1	2	2	13
Verschiedenes	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Zwischentotal	23	119	142	113	10	123	19	18	10	85
Insgesamt	79	175	254	162	25	187	67	27	31	104

	Geschäftslast		Erledigung durch				Urteilmässige Erledigungsart			
	Übertrag 2006	Eingänge 2007	Insgesamt	Entscheid	Beschluss	Insgesamt	Pendent	Geschützt	Teilweise geschützt/ Konvention	Abgewiesen/ Nichtentreten
<i>Strafkammer</i>										
Zuständigkeit der Kammer										
Berufungen nach Sachgebiet										
Delikte gegen Leib und Leben	10	22	32	11	4	15	17	2	5	4
Vermögens- und Urkundendelikte	33	38	71	31	12	43	28	9	13	9
Delikte gegen Ehre, Geheim- und Privatbereich	2	3	5	1	2	3	2	–	–	1
Delikte gegen die Freiheit	4	6	10	6	1	7	3	–	3	3
Sexualdelikte	12	9	21	10	1	11	10	1	5	4
Übrige Delikte des StGB	6	9	15	9	2	11	4	1	3	5
Strassenverkehr	14	11	25	19	2	21	4	3	7	9
Betäubungsmittel	12	19	31	15	5	20	11	–	12	3
Niederlassung/Aufenthalt von Ausländern	3	1	4	3	–	3	1	–	2	1
Übriges Nebenstrafrecht des Bundes	3	–	3	2	–	2	1	1	–	1
Kantonales Strafrecht	2	–	2	2	–	2	–	–	–	2
Nachträgliche richterliche Anordnungen	–	3	3	–	3	3	–	–	–	–
Rechtsverweigerungs- und Kostenbeschwerden	3	11	14	9	2	11	3	5	1	3
Nachträgliche richterliche Anordnungen	3	4	7	7	–	7	–	7	–	–
Verschiedenes	2	19	21	15	1	16	5	2	1	12
Zwischentotal	109	155	264	140	35	175	89	31	52	57
Zuständigkeit des Präsidenten										
Erlass Einschreibgebühr	1	46	47	40	4	44	3	26	–	14
Unentgeltliche Prozessführung	–	12	12	7	4	11	1	6	–	1
Verschiedenes	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Zwischentotal	1	58	59	47	8	55	4	32	–	15
Insgesamt	110	213	323	187	43	230	93	63	52	72

	Geschäftslast		Erledigung durch					Urteilsmäßige Erledigungsart		
	Übertrag 2006	Eingänge 2007	Insgesamt	Entscheid	Beschluss	Insgesamt	Pendent	Geschützt	Teilweise geschützt/ Konvention	Abgewiesen/ Nichttreten
<i>Handelsgericht</i>										
Zuständigkeit der Kammer										
Haftpflichtrecht	1	1	2	–	1	1	1	–	–	–
Ungerechtfertigte Bereicherung	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Kaufvertragsrecht	6	7	13	1	6	7	6	1	–	–
Miet- und Pachtrecht	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Werkvertragsrecht	7	13	20	1	7	8	12	1	–	–
Auftrag	6	8	14	1	3	4	10	1	–	–
Weitere Vertragsverhältnisse	13	8	21	3	9	12	9	1	1	1
Aktienrechtliche Verantwortlichkeit	5	1	6	2	1	3	3	–	2	–
Übriges Gesellschaftsrecht	3	–	3	1	1	2	1	–	–	1
Versicherungsvertragsrecht	1	2	3	–	–	–	3	–	–	–
Schuldbetreibungs- und Konkursrecht	–	1	1	–	1	1	–	–	–	–
UWG	5	2	7	–	–	–	7	–	–	–
Kartellrecht	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Namen-/Firmenrecht	9	–	9	–	9	9	–	–	–	–
Markenrecht	–	3	3	–	1	1	2	–	–	–
Patentrecht	10	1	11	1	4	5	6	–	1	–
Schutz von Design	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Sachenrecht	1	–	1	–	1	1	–	–	–	–
Verschiedenes	2	–	2	–	2	2	–	–	–	–
Zwischentotal	69	47	116	10	46	56	60	4	4	2
Zuständigkeit des Präsidenten										
Vorsorgliche Massnahmen										
OR	2	10	12	5	3	8	4	2	1	2
Immaterialgüterrecht	1	2	3	–	1	1	2	–	–	–
UWG	1	1	2	1	1	2	–	–	–	1
ZGB	1	1	2	–	2	2	–	–	–	–
Einsetzung eines Sonderprüfers	1	1	2	1	1	2	–	–	–	1
Sicherstellung gefährdeter Beweise	–	10	10	2	–	2	8	–	–	2
Einsetzung einer Revisionsstelle	5	21	26	8	10	18	8	8	–	–
Entgegennahme einer Schutzschrift	–	5	5	3	–	3	2	3	–	–
Sicherheitsleistung	1	2	3	3	–	3	–	3	–	–
Unentgeltliche Prozessführung	1	–	1	–	–	–	1	–	–	–
Verschiedenes	–	5	5	2	3	5	–	2	–	–
Zwischentotal	13	58	71	25	21	46	25	18	1	6
Insgesamt	82	105	187	35	67	102	85	22	5	8

	Geschäftslast			Erledigung durch				Urteilsmässige Erledigungsart		
	Übertrag 2006	Eingänge 2007	Insgesamt	Entscheid	Beschluss	Insgesamt	Pendent	Geschützt	Teilweise geschützt/ Konvention	Abgewiesen/ Nichtentreten
<i>Aufsichtsbehörde für Schuldbetreibung und Konkurs und über das Handelsregister</i>										
A. Schuldbetreibung und Konkurs										
Zuständigkeit der Kammer										
Beschwerden gegen unter Aufsichtsbehörde	1	8	9	9	–	9	–	–	–	9
Beschwerden im Konkurs- und Nachlassverfahren	3	10	13	11	1	12	1	–	–	11
Gebührenverordnung	–	2	2	2	–	2	–	–	2	–
Disziplinar-massnahmen	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Verschiedenes	–	1	1	1	–	1	–	–	–	1
Zwischentotal	4	21	25	23	1	24	1	–	2	21
Zuständigkeit des Präsidenten										
Vorsorgliche Massnahmen	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Unentgeltliche Prozessführung	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Verschiedenes	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Zwischentotal	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
B. Handelsregister										
Zuständigkeit der Kammer										
Eintragungen	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Löschungen	–	6	6	6	–	6	–	6	–	–
Gebühren und Kosten	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Verschiedenes	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Zwischentotal	–	6	6	6	–	6	–	6	–	–
Insgesamt	4	27	31	29	1	30	1	6	2	21

	Geschäftslast		Erledigung durch				Urteilsmäßige Erledigungsart			
	Übertrag 2006	Eingänge 2007	Insgesamt	Entscheid	Beschluss	Insgesamt	Pendent	Geschützt	Teilweise geschützt/ Konvention	Abgewiesen/ Nichteintreten
<i>Anklagekammer</i>										
Zuständigkeit der Kammer										
Aufsicht										
Amtliche Aufsicht	1	3	4	2	2	4	–	–	1	1
Disziplinarverfahren	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Eröffnung eines Strafverfahrens	3	68	71	59	1	60	11	9	–	50
Beschwerden gegen Abschlussverfügungen										
Nichteintreten auf Strafklage	6	30	36	24	6	30	6	3	1	20
Einstellung des Strafverfahrens	–	5	5	3	1	4	1	1	–	2
Aufhebung des Strafverfahrens	8	13	21	16	5	21	–	4	1	11
Kosten	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Beschwerden Zwangsmassnahmen										
Beschlagnahme	–	20	20	13	5	18	2	1	2	10
Durchsuchung von Datenträgern	–	6	6	5	1	6	–	5	–	–
Untersuchungshaft	4	11	15	12	2	14	1	1	–	11
Verfügung Jugendanwalt	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Haftentschädigung	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Beschwerden Parteirechte										
Verweigerung von Parteirechten	4	2	6	6	–	6	–	2	–	4
Rechtsverweigerungsbeschwerden	1	19	20	17	2	19	1	1	4	12
Wiederaufnahme	1	7	8	6	–	6	2	2	–	4
Vollstreckbarkeit ausländischer Strafurteile	–	1	1	1	–	1	–	1	–	–
Verschiedenes	–	1	1	1	–	1	–	–	–	1
Zwischentotal	28	186	214	165	25	190	24	30	9	126

	Geschäftslast			Erledigung durch				Urteilsmäßige Erledigungsart		
	Übertrag 2006	Eingänge 2007	Insgesamt	Entscheid	Beschluss	Insgesamt	Pendent	Geschützt	Teilweise geschützt/ Konvention	Abgewiesen/ Nichteintreten
Zuständigkeit des Präsidenten										
Beschwerden gegen Abschlussverfügungen										
Nichteintreten auf Strafklage.	3	10	13	12	1	13	–	–	–	12
Einstellung des Strafverfahrens.	3	5	8	6	2	8	–	2	–	4
Aufhebung des Strafverfahrens.	3	9	12	8	3	11	1	1	1	6
Kosten	1	8	9	5	3	8	1	3	–	2
Ausstand	–	2	2	2	–	2	–	–	–	2
Anstände im Privatstrafklageverfahren . .	–	8	8	5	–	5	3	1	–	4
Präsidiale Verfügungen										
Technische Überwachungsmaßnahmen	3	94	97	97	–	97	–	89	1	7
Vorsorgliche Massnahmen	–	1	1	1	–	1	–	1	–	–
Unentgeltliche Prozessführung	1	8	9	8	1	9	–	1	1	6
Verschiedenes	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Zwischentotal	14	145	159	144	10	154	5	98	3	43
Insgesamt	42	331	373	309	35	344	29	128	12	169

Anwaltskammer

Zuständigkeit der Kammer

Disziplinarverfahren gegen Anwälte	2	15	17	14	–	14	3	6	–	8
Massnahmen gegen Dritte	–	1	1	1	–	1	–	1	–	–
Einsprache gegen Registereintrag.	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Verschiedenes	–	4	4	1	1	2	2	1	–	–
Zwischentotal	2	20	22	16	1	17	5	8	–	8

	Geschäftslast		Erledigung durch				Urteilsmäßige Erledigungsart			
	Übertrag 2006	Eingänge 2007	Insgesamt	Entscheid	Beschluss	Insgesamt	Pendent	Geschützt	Teilweise geschützt/ Konvention	Abgewiesen/ Nichttreten
Zuständigkeit des Präsidenten										
Begutachtung von Anwaltsrechnungen . . .	–	5	5	–	4	4	1	–	–	–
Entbindung vom Berufsgeheimnis	1	7	8	8	–	8	–	3	–	5
Eröffnung Disziplinarverfahren	3	–	3	3	–	3	–	–	–	3
Erteilung Anwaltspatent ⁵	–	42	42	42	–	42	–	42	–	–
Erteilung Rechtsagentenpatent ⁵	–	3	3	3	–	3	–	3	–	–
Erteilung Rechtspraktikantenbewilligung ⁵ . .	–	27	27	27	–	27	–	27	–	–
Eintrag in Anwaltsregister ⁵	–	23	23	23	–	23	–	23	–	–
Eintrag in Anwaltsliste EU ⁵	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Verschiedenes	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Zwischentotal	4	12	16	11	4	15	1	3	–	8
Insgesamt	6	32	38	27	5	32	6	11	–	16

*Einzelrichter für Rekurse im
Personen-, Erb- und Sachenrecht*

Rascher Rechtsschutz	4	10	14	7	5	12	2	–	–	7
Vorsorgliche Massnahmen	1	13	14	9	4	13	1	1	–	8
Verfügungen Departement (Namen-/Erbrecht)	–	2	2	2	–	2	–	–	1	1
Vollstreckung	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Verschiedenes	2	1	3	3	–	3	–	–	–	3
	7	26	33	21	9	30	3	1	1	19

*Einzelrichter für Rekurse in
Familiensachen*

Eheschutz	18	57	75	52	7	59	16	3	29	20
Verfügungen Departement (Kindes- und Vormundschaftsrecht)	–	3	3	2	–	2	1	–	–	2
Vollstreckung	–	3	3	3	–	3	–	–	1	2
Verschiedenes	2	4	6	6	–	6	–	1	3	2
	20	67	87	63	7	70	17	4	33	26

⁵ Werden in der Fallstatistik nicht gezählt.

	Geschäftslast			Erledigung durch				Urteilmässige Erledigungsart		
	Übertrag 2006	Eingänge 2007	Insgesamt	Entscheid	Beschluss	Insgesamt	Pendent	Geschützt	Teilweise geschützt/ Konvention	Abgewiesen/ Nichtentreten
<i>Einzelrichter für Rekurse im Obligationenrecht</i>										
Klares Recht.	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Mieter- und Pächterausweisung	2	21	23	17	5	22	1	4	–	13
Vollstreckung.	–	3	3	2	1	3	–	–	–	2
Vorsorgliche Massnahmen	–	4	4	3	–	3	1	–	1	2
Vorsorgliche Beweiserhebung.	–	1	1	1	–	1	–	–	–	1
Verschiedenes	2	16	18	12	4	16	2	–	1	11
	4	45	49	35	10	45	4	4	2	29

Einzelrichter für Rekurse im SchKG-Verfahren

Provisorische Rechtsöffnung.	4	9	13	8	3	11	2	–	1	7
Definitive Rechtsöffnung.	–	4	4	–	–	–	4	–	–	–
Bewilligung des Rechtsvorschlags in der Wechselbetreibung	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Konkurseröffnungen	8	46	54	46	4	50	4	38	1	7
Sicherheitsleistungen	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Insolvenzerklärungen.	–	1	1	1	–	1	–	–	–	1
Wiedereinsetzung	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Arrestverfahren	1	4	5	3	1	4	1	1	–	2
Nachlassverfahren.	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Übrige SchKG-Verfahren	–	1	1	1	–	1	–	–	–	1
Verschiedenes	–	2	2	1	1	2	–	1	–	–
	13	67	80	60	9	69	11	40	2	18

Einzelrichter für Rechtshilfe- und Schiedsgerichtswesen

Rechtshilfe.	17	221	238	–	229	229	9	–	–	–
Schiedsgerichtssachen	–	1	1	–	–	–	1	–	–	–
	17	222	239	–	229	229	10	–	–	–

	Geschäftslast		Erledigung durch				Urteilsmäßige Erledigungsart			
	Übertrag 2006	Eingänge 2007	Insgesamt	Entscheid	Beschluss	Insgesamt	Pendent	Geschützt	Teilweise geschützt/ Konvention	Abgewiesen/ Nichteintreten
<i>Kantonsgerichtspräsident</i>										
Ausstandsbegehren.	1	20	21	21	–	21	–	3	–	18
Überweisung an anderes Gericht	–	3	3	3	–	3	–	3	–	–
Aktenherausgabe	–	22	22	22	–	22	–	18	2	2
Verschiedenes	–	6	6	4	2	6	–	1	–	3
	1	51	52	50	2	52	–	25	2	23

*Weiterzug von Entscheiden
an das Bundesgericht und das
Kassationsgericht*

Bundesgericht (altrechtlich)

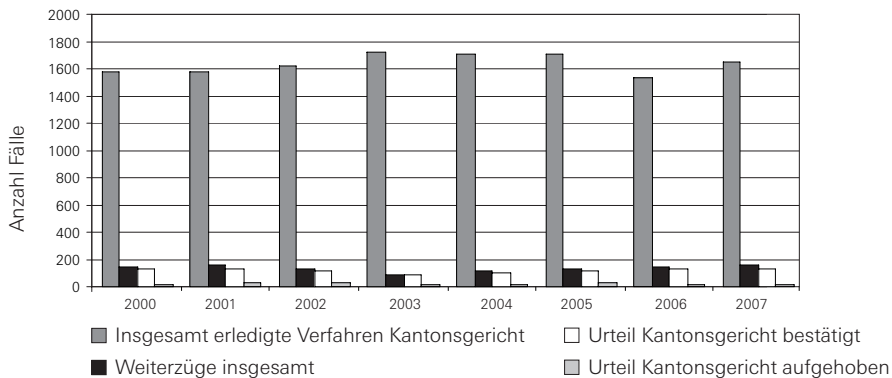
	Übertrag 2006	Eingänge 2007	Insgesamt	Erledigung durch					Pendent Ende 2007
				Rückzug	Nichteintreten	Urteil			
						Abgewiesen	Ganz geschützt	Teilweise geschützt	
Berufungen in Zivilsachen	16	12	28	3	6	14	2	1	2
Nichtigkeitsbeschwerden in Strafsachen	9	4	13	–	2	5	3	2	1
Staatsrechtliche Beschwerden	16	8	24	1	4	17	1	1	–
SchKG-Beschwerden	–	2	2	–	1	1	–	–	–
Verwaltungsgerichtsbeschwerden	3	–	3	–	–	3	–	–	–

*Bundesgericht
(ab 1.1.2007 neues Recht)*

Beschwerden in Zivilsachen	–	45	45	2	13	16	1	–	13
Beschwerden in Strafsachen	–	38	38	1	19	8	–	2	8
Beschwerden in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Subsidiäre Verfassungsbeschwerden	–	9	9	–	4	1	–	–	4

Kassationsgericht

Nichtigkeitsbeschwerden in Zivilsachen	8	11	19	1	4	8	3	–	3
--	---	----	----	---	---	---	---	---	---



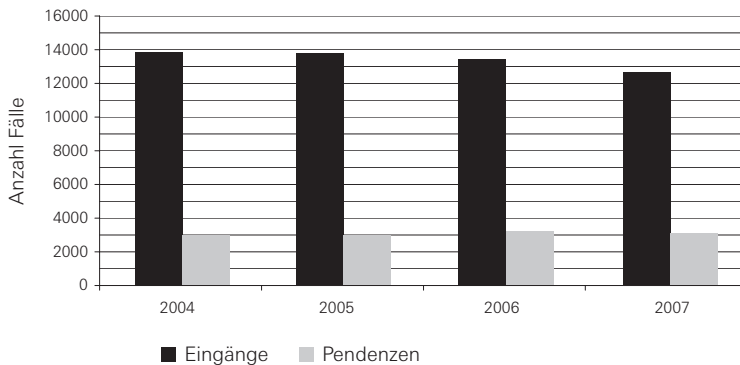
II. Kreisgerichte

Eingänge der Vorjahre

1. Übersichten

Gesamtübersicht (Kollegialgericht und Einzelrichter)¹

Kreisgericht	2004	2005	2006	Übertrag 2006	Eingänge 2007	Insgesamt	Erledigungen 2007	Pendenzen Ende 2007
St.Gallen ²	3581	3640	3341	752	3233	3985	3069	916
Rorschach	1249	1130	1291	241	1203	1444	1175	269
Rheintal ²	2000	2078	1990	538	1983	2521	2024	497
Werdenberg-Sargans	1960	1767	1741	395	1527	1922	1567	355
Gaster-See ²	1816	1798	1800	458	1674	2132	1726	406
Ober-/Neutoggenburg	487	481	428	102	508	610	502	108
Alltoggenburg-Wil.	1217	1215	1317	291	1190	1481	1212	269
Untertoggenburg-Gossau ²	1549	1658	1560	331	1350	1681	1414	267
	13859	13767	13468	3108	12668	15776	12689	3087



1 Inkl. Arbeitsgericht, untere Aufsichtsbehörde im Betreuungswesen, Haftrichter; ohne Verschiedenes (s. Ziff. 4)
 2 Gerichte mit haftrichterlichen Aufgaben

Kreisgericht	Eingänge der Vorjahre			Übertrag 2006	Eingänge 2007	Insgesamt	Erledigungen 2007	Pendenzen Ende 2007
	2004	2005	2006					
Kollegialgericht³								
St.Gallen	368	380	354	239	383	622	304	318
Rorschach	86	96	79	45	87	132	71	61
Rheintal	177	171	120	91	157	248	158	90
Werdenberg-Sargans	136	127	136	83	108	191	121	70
Gaster-See	148	131	125	92	107	199	119	80
Ober-/Neutoggenburg	44	31	28	10	34	44	30	14
Altoggenburg-Wil.	90	101	109	67	102	169	106	63
Untertoggenburg-Gossau	94	124	110	58	87	145	99	46
Total	1143	1161	1061	685	1065	1750	1008	742

Kreisgericht	Eingänge der Vorjahre			Übertrag 2006	Eingänge 2007	Insgesamt	Erledigungen 2007	Pendenzen Ende 2007
	2004	2005	2006					
Einzelrichter⁴								
St.Gallen	2850	2942	2674	362	2596	2958	2503	455
Rorschach	1029	922	1103	139	1019	1158	995	163
Rheintal	1620	1701	1664	303	1633	1936	1663	273
Werdenberg-Sargans	1619	1452	1408	170	1244	1414	1270	144
Gaster-See	1481	1511	1519	270	1403	1673	1446	227
Ober-/Neutoggenburg	379	383	339	43	416	459	406	53
Altoggenburg-Wil.	978	991	1092	145	980	1125	1000	125
Untertoggenburg-Gossau	1273	1339	1296	186	1107	1293	1157	136
Total	11229	11241	11095	1618	10398	12016	10440	1576

3 Ohne Ehescheidungen /-trennungen, inkl. Arbeitsgericht

4 Ohne Ehescheidungen /-trennungen, inkl. Arbeitsgerichtspräsident, untere Aufsichtsbehörde im Betreuungswesen, Haftrichter

Eingänge der Vorjahre

Ehescheidungen /
-trennungen (Kollegialge-
richt und Einzelrichter)

Kreisgericht	2004	2005	2006	Übertrag 2006	Eingänge 2007	Insgesamt	Erledigungen 2007	Pendenz Ende 2007
St.Gallen	363	318	313	151	254	405	262	143
Rorschach	134	112	109	57	97	154	109	45
Rheintal	203	206	206	144	193	337	203	134
Werdenberg-Sargans	205	188	197	142	175	317	176	141
Gaster-See	187	156	156	96	164	260	161	99
Ober-/Neutoggenburg	64	67	61	49	58	107	66	41
Altoggenburg-Wil.	149	123	116	79	108	187	106	81
Untertoggenburg-Gossau	182	195	154	87	156	243	158	85
Total	1487	1365	1312	805	1205	2010	1241	769

Eingeschrieben

Pendente Fälle

Kreisgericht	Insgesamt	2004 oder früher	2005	2006	2007
St.Gallen	916	22	18	69	807
Rorschach	269	3	9	17	240
Rheintal	497	12	9	53	423
Werdenberg-Sargans	355	13	15	50	277
Gaster-See	406	4	9	40	353
Ober-/Neutoggenburg	108	–	4	10	94
Altoggenburg-Wil.	269	4	5	32	228
Untertoggenburg-Gossau	267	2	8	21	236
Total	3087	60	77	292	2658

2. Zivilsachen

A. Kollegialgericht⁵

Gerichtskreis	Geschäftslast			Eingänge nach Sachgebiet							Prozessgang					
	Eingänge 2006	Überrag 2006	Eingänge 2007	Insgesamt	Personenrecht	Familienrecht	Erbrecht	Sachenrecht	Miet- und Pachtrecht	Übriges Obligationenrecht	Schuldbeitreibung und Konkurs	Verschiedenes	Urteile	Abschreibungen	Erfüllungen 2007	Pendenzen Ende 2007
St.Gallen	157	122	228	350	-	78	2	2	69	48	27	2	75	51	126	224
Rorschach	40	28	55	83	-	24	1	2	1	27	-	-	24	13	37	46
Rheintal	53	52	64	116	2	25	6	7	4	17	2	1	46	23	69	47
Werdenberg-Sargans	53	51 ⁶	59	110	-	20	3	10	4	20	2	-	35	20	55	55
Gaster-See	66	63	63	126	1	17	5	6	5	29	-	-	33	32	65	61
Ober-/Neutoggenburg	7	7 ⁶	12	19	-	4	-	2	1	4	-	1	9	4	13	6
Alltoggenburg-Wil.	44	38	51	89	1	12	6	1	2	20	9	-	26	19	45	44
Untertoggenburg-Gossau	59	43 ⁶	49	92	-	27	-	1	6	14	1	-	39	19	58	34
	479	404 ⁶	581	985	4	207	23	31	92	179	41	4	287	181	468	517

⁵ Ohne Ehescheidungen /-trennungen (s. Bst. B), Arbeitsgericht (s. Bst. D)

⁶ Bereinigung gegenüber Vorjahr

B. Ehescheidungen/-trennungen

Gerichtskreis	Übertrag 2006		Eingänge 2007		Gesamt	Verfahrenswechsel		Erledigt 2007				Pendent Ende 2007					
	Einvernehmliche Verfahren	Streitige Verfahren	Insgesamt	Einvernehmliche Verfahren		Streitige Verfahren	Insgesamt	Zum streitigen Verfahren	Zum einvernehmlichen Verfahren	Genehmigung Familienrichter	Urteil Kreisgericht	Fristsatzung zur Klage	Abschreibung	Insgesamt	Einvernehmliche Verfahren	Streitige Verfahren	Insgesamt
St.Gallen	127	24	151 ⁷	221	33	254	405	12	6	189	36	6	31	262	117	26	143
Rorschach	49	8	57	88	9	97	154	1	7	78	16	-	15	109	38	7	45
Rheintal	122	22	144	174	19	193	337	3	19	155	34	4	10	203	113	21	134
Werdenberg-Sargans	115	27	142 ⁷	158	17	175	317	3	20	131	29	3	13	176	113	28	141
Gaster-See	76	20	96	153	11	164	260	4	9	130	15	4	12	161	82	17	99
Ober-/Neutoggenburg	40	9	49 ⁷	55	3	58	107	1	1	53	10	-	3	66	36	5	41
Alltoggenburg-Wil.	68	11	79	99	9	108	187	4	13	87	11	2	6	106	62	19	81
Untertoggenburg-Gossau	80	7	87 ⁷	147	9	156	243	-	11	123	21	4	10	158	73	12	85
	677	128	805 ⁷	1095	110	1205	2010	28	86	946	172	23	100	1241	634	135	769

C. Einzelrichterfälle⁸

1. Zivilsachen im einfachen Verfahren

Kreisgericht	Geschäftslast			Eingänge nach Sachgebiet							Prozess- gang						
	Eingänge 2006	Übertrag 2006	Eingänge 2007	Insgesamt	Personenrecht	Familienrecht	Erecht	Sachenrecht	Miet- und Pachtrecht	Erstreckung Mietverhältnis	Anfechtung Kündigung	Übriges Obligationenrecht	Schuldbetreibung und Konkurs	Urteile	Abschreibungen	Erdigungen 2007	Pendenzen Ende 2007
St.Gallen	75	39	147	186	-	2	-	1	84	1	-	49	10	40	37	77	109
Rorschach	58	20	45	65	-	-	-	1	14	-	4	23	3	32	9	41	24
Rheintal	69	20	77	97	-	-	-	5	14	8	-	46	4	34	29	63	34
Werdenberg-Sargans	78	23	68	91	-	2	-	4	9	2	1	48	2	57	13	70	21
Gaster-See	114	50	82	132	-	1	-	11	14	-	-	55	1	52	44	96	36
Ober-/Neutoggenburg	26	14	29	43	-	-	-	1	6	-	1	15	6	22	9	31	12
Alltoggenburg-Wil.	52	21	73	94	-	-	-	5	3	2	1	59	3	53	20	73	21
Untertoggenburg-Gossau	39	9	47	56	2	-	-	3	12	-	2	28	-	26	7	33	8
Total	511	196	568	764	2	5	-	31	156	13	9	323	29	316	168	484	265

⁸ Ohne Ehescheidungen /-trennungen (s. Bst. B), Arbeitsgericht (s. Bst. D), untere Aufsichtsbehörde im Betreibungswesen (s. Bst. E)

2. Zivilsachen im Summarverfahren

a) SchKG und Vollstreckung

Kreisgericht	Geschäftslast			Eingänge nach Sachgebiet										Prozessgang			
	Eingänge 2006	Übertrag 2006	Eingänge 2007	Insgesamt	Rechtsöffnungen	Bew. Vorschlag (Bestreitung neuen Vermögens)	Konkurreseröffnung	Folgeverfügung Konkurs	Arrestverfahren	Nachlassverfahren	Übriges Schuldbetreibung und Konkurs	Vollstreckung	Rechtshilfe (Anerkennung ausl. Urteile)	Urteile	Abschreibungen	Erdigungen 2007	Pendenzen Ende 2007
St.Gallen	1249	113	1259	1372	545	40	396	199	47	3	14	9	6	909	339	1248	124
Rorschach	660	30	552	582	217	11	213	87	10	-	8	6	-	348	193	541	41
Rheintal	922	68	918	986	401	32	323	107	45	-	2	8	-	598	327	925	61
Werdenberg-Sargans	786	53	726	779	335	19	221	104	29	4	6	7	1	551	188	739	40
Gaster-See	738	49	688	737	367	12	196	78	17	5	6	6	1	397	290	687	50
Ober-/Neutoggenburg	184	10	232	242	119	14	59	31	8	1	-	-	-	172	60	232	10
Alltoggenburg-Wil.	733	36	643	679	283	17	230	93	6	2	4	7	1	403	248	651	28
Untertoggenburg-Gossau	668	56	558	614	282	16	156	79	7	4	5	9	-	439	142	581	33
Total	5940	415	5576	5991	2549	161	1794	778	169	19	45	52	9	3817	1787	5604	387

b) übrige Summarverfahren

Kreisgericht	Geschäftslast			Eingänge nach Sachgebiet											Prozessgang							
	Eingänge 2006	Übertrag 2006	Eingänge 2007	Insgesamt	Personenrecht	Eheschutzmassnahmen	Vorsorgliche Massnahmen (Ehescheidungen/-trennungen)	Schuldararweisung	Erbrecht (inkl. Beschwerden in Erbsachen)	Bauhandwerkerpfandrecht	Kraftloserklärungen	Schnelle Handhabung klaren Rechts/Bestezschutz	Ausweisung Mieter/Pächter	Vorsorgliche Beweiserhebung (Sicherstellung von Beweisen)	Rechtshilfeweise Einvernahmen	Erlass	Unergütliche Prozessführung	Verschiedenes	Urteile	Abschreibungen	Eridigungen 2007	Pendenz Ende 2007
St.Gallen	896	137	804	941	10	124	28	25	2	29	22	10	75	5	19	10	424	21	679	133	812	129
Rorschach	324	62	345	407	-	68	24	6	-	29	10	7	32	2	10	6	141	10	258	84	342	65
Rheintal	421	158	406	564	2	87	24	22	2	21	20	16	40	6	8	5	147	6	322	110	432	132
Werdenberg-Sargans	410	63	328	391	1	61	25	11	-	21	12	9	30	-	44	8	102	4	302	34	336	55
Gaster-See	471	133	463	596	-	91	22	7	1	33	11	13	37	47	6	5	182	8	371	124	495	101
Ober-/Neutoggenburg	89	14	128	142	3	19	6	1	-	20	7	2	4	3	-	-	61	2	121	-	121	21
Alltoggenburg-Wil.	212	65	193	258	-	58	7	2	-	9	4	7	29	-	1	-	70	6	167	37	204	54
Untertoggenburg-Gossau	400	91	372	463	3	86	13	14	-	18	8	10	17	4	6	7	182	4	362	22	384	79
Total	3223	723	3039	3762	19	594	149	88	5	180	94	74	264	67	94	41	1309	61	2582	544	3126	636

D. Arbeitsgericht

1. Kollegialgericht

Kreisgericht	Eingänge in Vorjahren		Zahl der Prozesse total				Art der Eridigung				Nicht-eintreten wegen Unzuständigkeit	
	2005	2006	Übertrag 2006	Eingänge 2007	Insgesamt	Eridigt 2007	Klage geschützt	Klage teilweise geschützt	Klage abgewiesen	Eridigt durch Vergleich, Rückzug oder Anerkennung		
St.Gallen	65	62	33	70	103	74	29	10	—	57	7	—
Rorschach	21	17	8	18	26	20	6	8	4	3	2	2
Rheintal	42	33	19	41	60	44	16	7	2	25	9	—
Werdenberg-Sargans	31	43	9	24	33	28	5	17	1	5	5	—
Gaster-See	17	32	21	29	50	41	9	10	1	21	7	2
Ober-/Neutoggenburg	12	9	—	11	11	8	3	5	—	2	—	1
Alltoggenburg-Wil.	30	31	10	32	42	32	10	8	2	15	7	—
Untertoggenburg-Gossau	24	15	4	17	21	18	3	1	2	11	2	1
Total	242	242	104	242	346	265	81	66	12	139	39	6

2. Arbeitsgerichtspräsident

Kreisgericht	Zahl der Prozesse total					Art der Erledigung							
	Eingänge in Vorjahren		Übertrag 2006	Eingänge 2007	Insgesamt	Erledigt 2007	Pendent Ende 2007	Klage geschützt	Klage teilweise geschützt	Klage abgewiesen	Erledigt durch Vergleich, Rückzug oder Anerkennung		Nicht-entretten wegen Unzuständigkeit
	2005	2006									ohne gerichtliche Verhandlung	nach gerichtlicher Verhandlung	
St.Gallen	104	104	20	98	118	84	34	1	6	1	36	40	-
Rorschach	26	30	11	35	46	37	9	3	12	1	5	15	1
Rheintal	59	56	14	62	76	63	13	3	17	7	14	22	-
Werdenberg-Sargans	43	57	6	42	48	45	3	1	27	1	12	4	-
Gaster-See	33	44	13	42	55	39	16	-	11	-	14	13	1
Ober-/Neutoggenburg	13	20	3	13	16	10	6	-	7	-	1	2	-
Alltoggenburg-Wil	45	53	8	35	43	33	10	2	11	2	11	7	-
Untertoggenburg-Gossau	62	47	14	40	54	50	4	1	9	2	15	18	5
Total	385	411	89	367	456	361	95	11	100	14	108	121	7

E. Untere Aufsichtsbehörde im Betreuungswesen

Beschwerden gegen Betreibungsämter

Kreisgericht	Eingänge 2005	Eingänge 2006	Übertrag 2006	Eingänge 2007	Insgesamt	Schutz	Abgewiesen/ Nichttreten	Rückzug/ Gegenstandslos	Pendent Ende 2007
St.Gallen	13	19	3	14	17	1	8	3	5
Rorschach	6	6	1	8	9	2	4	2	1
Rheintal	18	15	1	5	6	2	-	3	1
Werdenberg-Sargans	15	14	1	11	12	-	10	1	1
Gaster-See	24	32	1	24	25	9	8	6	2
Ober-/Neutoggenburg	6	11	-	2	2	-	2	-	-
Altoggenburg-Wil.	12	14	3	14	17	11	5	-	1
Untertoggenburg-Gossau	16	15	-	18	18	6	9	1	2
Total	110	126	10	96	106	31	46	16	13

3. Strafsachen

A. Kollegialgericht und Einzelrichter ^{9 10}

Kreisgericht	Kollegialgericht						Einzelrichter											
	Eingänge 2006	Übertrag 2006	Eingänge 2007	Insgesamt	Urteile	Nachträgliche richterliche Anordnungen	Einstellungen / Abschreibungen	Erdingungen 2007	Pendenzen Ende 2007	Eingänge 2006	Übertrag 2006	Eingänge 2007	Insgesamt	Urteile	Nachträgliche richterliche Anordnungen	Einstellungen/ Abschreibungen	Erdingungen 2007	Pendenzen Ende 2007
St.Gallen	135	84 ¹¹	85	169	75	26	3	104	65	107	49 ¹¹	81	130	71	1	13	85	45
Rorschach	22	9	14	23	9	3	2	14	9	25	15	34	49	15	-	11	26	23
Rheintal	34	20	52	72	37	8	-	45	27	58	30 ¹¹	57	87	46	4	6	56	31
Werdenberg-Sargans	40	23	25	48	32	6	-	38	10	63	24	69	93	64	-	5	69	24
Gaster-See	27	8	15	23	9	3	1	13	10	32	18	48	66	33	2	9	44	22
Ober-/Neutoggenburg	12	3	11	14	3	4	2	9	5	9	2	12	14	8	2	-	10	4
Alltoggenburg-Wil.	34	19 ¹¹	19	38	23	5	1	29	9	28	12 ¹¹	22	34	22	-	1	23	11
Untertoggenburg-Gossau	36	11	21	32	22	1	-	23	9	35	15	18	33	23	-	4	27	6
Total	340	177 ¹¹	242	419	210	56	9	275	144	357	165 ¹¹	341	506	282	9	49	340	166

⁹ Inkl. Tätigkeit als Untersuchungsrichter im Privatstrafklageverfahren

¹⁰ Ohne Haftrichter (s. Bst. B)

¹¹ Bereinigung gegenüber Vorjahr

B. Haftrichter (gesamter Kanton)

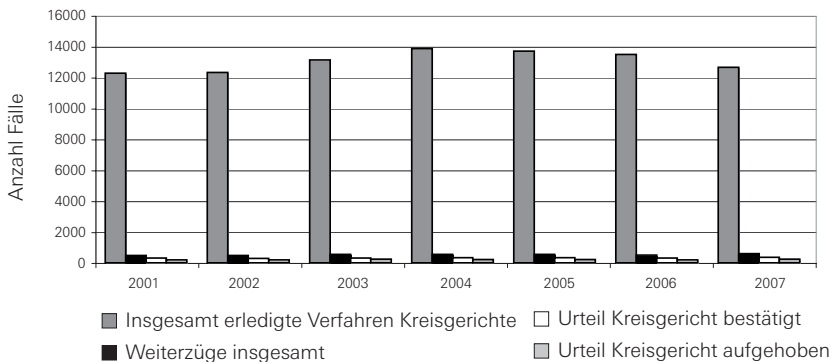
	Eingänge 2006		Pendent Ende 2006		Eingänge 2007		Insgesamt		Art der Erledigung						
									Beantragte Freiheits- beschränkung ganz oder teilweise angeordnet/ bestätigt	Beantragte Freiheits- beschränkung aufgehoben	Haftentlassung unter Anordnung von Ersatz- massnahmen	Abschreibung/ Nichtintreten	Erledigt 2007	Pendent Ende 2007	
Haftanordnung	218	3	169	172	165	4	1	1	4	1	1	1	171	1	
Haftverlängerung	160	13	130	143	131	1	-	2	1	-	2	2	134	9	
Haftentlassung	34	1	24	25	15	2	-	8	2	-	8	8	25	-	
Entlassung vorzeitiger Strafvollzug	8	1	4	5	4	-	1	-	-	1	-	-	5	-	
Vorzeitiger Massnahmenvollzug	1	1	1	2	1	-	-	1	-	-	1	1	2	-	
Auslieferungshaftbefehl	5	-	4	4	4	-	-	4	-	-	-	-	4	-	
Verlängerung Polizeigewahrsam	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Wegweisung und Rückkehrverbot	100	-	77	77	64	13	-	77	13	-	-	-	77	-	
Übrige	1	1	2	3	3	-	-	3	-	-	-	-	3	-	
Total	527	20	411	431	387	20	2	12	20	2	12	12	421	10	

4. Verschiedenes¹²

	St.Gallen	Rorschach	Rheintal	Werdenberg-Sargans	Gaster-See	Ober- trogenburg- Neutrogenburg	Alltrogenburg-Wil	Untertrogenburg- Gossau
Aufsicht über Vermittler	1	3	–	6	2	–	–	–
Aufsicht über Schlichtungsstellen	3	–	–	–	–	–	–	–
Aufsicht über Betreibungsämter	1	1	–	8	1	1	1	5
Rechtshilfe (Zustellungen)	198	107	270	178	77	30	75	109
Vereidigungen	8	4	–	9	1	–	7	5
Verschiedenes	2	–	–	1	–	1	–	–

5. Weiterzüge

	Übertrag 2007	Eingänge 2007	Insgesamt	Rückzug/ Abschreibung	Nichtintreten	Abgewiesen	Geschützt	Teilweise geschützt	Pendent Ende 2007
Berufungen ans Kantonsgericht	240	252	492	55	14	85	42	98	198
Rekurse ans Kantonsgericht	71	226	297	20	20	90	49	36	82
Betriebsrechtliche Beschwerden ans Kantonsgericht	2	14	16	–	7	5	–	–	4
Rechtsverweigerungsbeschwerden ans Kantonsgericht	21	53	74	3	3	36	12	3	17
Rechtsverweigerungsbeschwerden in Haftsachen an die Anklage- kammer	3	9	12	1	1	7	1	–	2



¹² Diese Tätigkeiten werden in der Fallstatistik nicht als «Fall» ausgewiesen.

III. Vermittlerämter

Kreisgericht	I Im Vermittlungsverfahren						II Urteilsvorschlag		Ausstand oder Verhinderung		
	Eingeschriebene Streitfälle (I und angenommene Urteils- vorschläge)	Rückzug vor Abhaltung des Vorstandes	Vergleich / Klagerückzug / Klagenerkennung	Unvermittelte	Kostenspruch	Pendent	Total Urteilsvorschläge	Angenommene Urteilsvorschläge	Ausstand des Vermittlers und seines Stellvertreters	Ausstand des Vermittlers	Sonstige Verhinderung des Vermittlers
St. Gallen	558	27	206	228	1	62	43	34	-	-	2
Rorschach	268	35	69	111	-	22	35	31	3	2	20
Rheintal	350	35	117	173	1	16	11	8	1	1	-
Werdenberg-Sargans	319	42	95	149	2	26	5	5	1	-	4
Gaster-See	426	32	191	158	3	25	19	17	-	-	-
Ober-/Neutoggenburg	127	11	37	61	-	17	3	1	-	-	1
Alltoggenburg-Wil.	458	84	115	175	3	28	62	53	-	-	-
Untertoggenburg-Gossau	326	58	102	127	2	23	16	14	-	-	23
Total	2832	324	932	1182	12	219	194	163	5	3	50

IV. Schlichtungsstellen für Miete und Pacht

Kreisgericht	Art der Eriedigungen							
	Pendenz	Neu eingegangene Begehren	Total zu behandeln	Einigungen	Keine Einigungen	Entscheid	anderwertig	Pendente Begehren
St.Gallen	65	466	531	197	128	21	150	35
Rorschach	25	146	171	64	32	5	49	21
Rheintal	12	167	179	88	38	10	27	16
Werdenberg-Sargans	28	113	141	60	24	5	28	24
Gaster-See	31	154	185	56	32	9	62	26
Ober-/Neutoggenburg	8	52	60	20	13	3	18	6
Alltoggenburg-Wil.	14	96	110	33	11	6	44	16
Untertoggenburg-Gossau	12	140	152	36	45	6	51	14
Total	195	1334	1529	554	323	65	429	158

An den Kantonsrat
des Kantons St. Gallen

Amtsbericht des Kassationsgerichts des Kantons St.Gallen über das Jahr 2007

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Über die Tätigkeit des Kassationsgerichts des Kantons St.Gallen im Jahr 2007 lässt sich Folgendes berichten:

1. Fälle

Dem Gericht lagen im Jahr 2007 vor:

im Jahr 2007 eingeschriebene Fälle	13
aus dem Jahr 2006 eingeschriebene Fälle	<u>9</u>
Insgesamt	22

2. Erledigungen und Pendenzen

Davon wurden

im Jahr 2007 erledigt	19
im Jahr 2007 nicht erledigt	<u>3</u>
Insgesamt	22

3. Pendenzen im Besonderen

Zwei von den 3 pendenten Fällen wurden erst gegen Ende 2007 eingeschrieben. Sie werden voraussichtlich bis im Frühling 2008 erledigt. Der dritte pendente Fall ist zufolge Konkurseröffnung über die beschwerdeführende Partei sistiert.

4. Erledigungen im Besonderen

4.1. Die im Jahr 2007 erledigten Fälle betrafen:

Entscheide der III. Zivilkammer des Kantonsgerichtes	9
Entscheide der I. Zivilkammer des Kantonsgerichtes	1
Entscheide des Handelsgerichtes	7
Entscheide des Handelsgerichtspräsidenten.	<u>2</u>
Insgesamt	19

4.2. Diese Fälle wurden wie folgt erledigt:

Beschwerde geschützt (ganz oder teilweise)	3	(15.8 %)
Beschwerde abgewiesen (soweit eingetreten)	10	(52.6 %)
Nicht eingetreten.	5	(26.3 %)
Vergleich während Beschwerdeverfahren.	<u>1</u>	(5.3 %)
Insgesamt	19	

5. Geschäftsentwicklung

Im Jahr 2007 hat die Anzahl der eingeschriebenen Fälle im Vergleich zum Vorjahr abgenommen, die Zahl der erledigten Fälle dagegen leicht zugenommen. Im Jahr 2007 wurden 13 Fälle eingeschrieben gegenüber 20 Fällen im Vorjahr. Im Jahr 2007 wurden 19 Fälle erledigt gegenüber 18 Fällen im Vorjahr.

6. Prozessdauer

Die Prozessdauer betrug im Jahr 2007 vom Beschwerdeeingang bis zur Urteilsfällung im Durchschnitt 4.5 Monate, vom Beschwerdeeingang bis zur Versendung des begründeten Urteils 5 Monate (nicht berücksichtigt ist der sistierte Fall).

7. Rechtsmittel gegen Urteile des Kassationsgerichts

Im Jahr 2007 wurde gegen 3 Urteile des Kassationsgerichts Beschwerde beim Bundesgericht geführt. Die einzige im Amtsbericht des Vorjahrs erwähnte, beim Bundesgericht damals hängige Beschwerde wurde abgewiesen.

St.Gallen, 10. Januar 2008

Der Kassationsgerichtspräsident:
Prof. Dr. Reinhold Hotz

Das Verwaltungsgericht an den Kantonsrat St.Gallen

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir erstatten Ihnen gemäss Art. 45 Abs. 2 des Gerichtsgesetzes Bericht über die Tätigkeiten des Verwaltungsgerichts, des Versicherungsgerichts und der Verwaltungsrekurskommission im Jahr 2007.

1. Verwaltungsgericht

a) Personelles

Am 14. November 2007 verstarb Robert Kuratli, St. Peterzell. Er gehörte als Ersatzrichter von 1987 bis 2005 dem Verwaltungsgericht an. Dank seines tiefen Wissens und seiner langjährigen Erfahrung namentlich in Schätzungs- und Grundbuchsachen sowie Strassen- und Perimeterangelegenheiten war seine Mitwirkung in solchen speziellen Beschwerdefällen sehr geschätzt.

Im Berichtsjahr hat Gerichtsschreiberin Dr. iur. Rebecca Hirt am Institut für Schweizerisches und Internationales Baurecht der Universität Fribourg die Weiterbildungskurse zur Fachanwältin in Bau- und Immobilienrecht besucht. Aufgrund des erfolgreich bestandenen Schlussexamens wurde ihr das Certificate of advanced Studies in Bau- und Immobilienrecht verliehen.

b) Geschäftslast

Im Berichtsjahr 2007 sind insgesamt 229 Fälle, 225 Beschwerden und 4 Klagen, neu eingegangen. Dies sind zwölf weniger als im Vorjahr. Anfangs 2007 waren 68 Fälle anhängig. Von diesen pendenten und den im Berichtsjahr neu eingegangenen 229 Fällen wurden im Jahr 2007 deren 223 erledigt, womit die Zahl der hängigen Geschäfte per Ende 2007 74 betrug. Dies entspricht rund einem Drittel der pro Jahr erledigten Fälle. Von den 229 neu eingegangenen Geschäften wurden im Berichtsjahr 170 behandelt; 53 weitere erledigte Fälle stammten aus dem Vorjahr.

Das Schwergewicht der behandelten Geschäfte lag wie in den letzten Jahren beim Bau-, Planungs- und Umweltrecht mit 37 Fällen (Vorjahr 32), dem öffentlichen Beschaffungsrecht mit 24 Fällen (Vorjahr 37) und dem Ausländerrecht mit 58 Fällen (Vorjahr 56). Die Zahl der erledigten Fälle aus dem Gebiet der Staats- und Gemeindesteuern ging von 30 im Vorjahr auf 19 zurück. Bei den neu eingegangenen Fällen nahmen jene aus dem Bau-, Planungs- und Umweltrecht sowie dem Ausländerrecht zu, während sie, der Wirtschaftslage entsprechend, im öffentlichen Beschaffungsrecht sowie im Steuerrecht zurückgingen. Gesamthaft kann von einer weitgehend gleichbleibenden Geschäftslast gesprochen werden.

Insgesamt wurden 52 (Vorjahr 60) Zwischenverfahren betreffend Gesuche um Gewährung der aufschiebenden Wirkung, Bewilligung der unentgeltlichen Rechtspflege und Rechtsverteidigung oder Erlass von vorsorglichen Massnahmen geführt, über die der Präsident im Rahmen einer besonderen verfahrensleitenden Verfügung zu entscheiden hatte. Diese Zwischenverfahren und -entscheide sind in den nachfolgenden Statistiken nicht separat aufgeführt.

Bei allen als erledigt ausgewiesenen Fällen ist im Berichtsjahr das begründete Urteil zugestellt worden. Für die Rechtsprechung wird auf die Publikationen St.Gallische Gerichts- und Verwaltungspraxis (GVP) 2007 sowie St.Galler Steuerentscheid (SGE) 2007 verwiesen. Dort werden 31 Auszüge zu grundsätzlichen Rechtsfragen veröffentlicht.

Nach Rechtsgebieten geordnet ergibt sich folgende Übersicht über den Gang der Geschäfte:

Rechtsgebiet	Übertrag vom Vorjahr	Eingegangen	Insgesamt	Erledigt	Pendent
Bau-, Planungs- und Umweltrecht	16	36	52	37	15
Enteignung	–	–	–	–	–
Gewerbebewilligungen	–	5	5	4	1
Jagd und Fischerei	–	1	1	–	1
Gebäudeversicherung	–	–	–	–	–
Sozialversicherung	3	3	6	1	5
Schätzung und Melioration	–	–	–	–	–
Gebühren, Vorzugslasten, Ersatzabgaben	–	3	3	1	2
Staatssteuer natürlicher Personen	6	17	23	18	5
Staatssteuer juristischer Personen	–	1	1	1	–
Gemeindesteuern	1	–	1	1	–
Direkte Bundessteuer	3	4	7	6	1
Strassenrecht	2	5	7	3	4
Öffentliches Dienstrecht	–	6	6	3	3
Verfahrensrecht	3	16	19	16	3
Politische Rechte	3	1	4	4	–
Aufenthalt und Niederlassung von Ausländern	10	55	65	58	7
Lebensmittelpolizei	–	1	1	1	–
Straf- und Massnahmenvollzug	–	11	11	10	1
Bildung, Erziehung, Stipendien	–	7	7	5	2
Sozialhilfe	2	6	8	5	3
Öffentliches Beschaffungswesen	5	24	29	24	5
Unentgeltliche Prozessführung	–	18	18	17	1
Öffentlich-rechtliche Klagen	12	4	16	5	11
Beschwerden in Klagefällen	1	–	1	–	1
Diverse	1	5	6	3	3
Total	68	229	297	223	74

Von den 74 Ende 2007 anhängigen Streitsachen waren zu jenem Zeitpunkt deren 8 sistiert.

Über die Art der Geschäftserledigung gibt folgende Zusammenstellung Aufschluss:

Rechtsgebiet	Insgesamt	Abschreibung	Nichteintreten	Abweisung	Gutheissung ganz	Gutheissung teilweise
Bau-, Planungs- und Umweltrecht	37	14	2	13	5	3
Enteignung	–	–	–	–	–	–
Gewerbebewilligungen	4	2	–	1	1	–
Jagd und Fischerei	–	–	–	–	–	–
Gebäudeversicherung	–	–	–	–	–	–
Sozialversicherung	1	1	–	–	–	–
Schätzung und Melioration	–	–	–	–	–	–
Gebühren, Vorzugslasten und Ersatzabgaben	1	1	–	–	–	–
Staatssteuer natürlicher Personen	18	2	–	12	2	2
Staatssteuer juristischer Personen	1	–	–	1	–	–
Gemeindesteuern	1	–	–	–	1	–
Direkte Bundessteuer	6	3	–	3	–	–
Strassenrecht	3	1	–	1	1	–
Öffentliches Dienstrecht	3	2	–	–	1	–
Verfahrensrecht	16	4	1	9	–	2
Politische Rechte	4	–	–	1	3	–
Aufenthalt und Niederlassung von Ausländern	58	7	2	34	8	7
Lebensmittelpolizei	1	–	–	1	–	–
Straf- und Massnahmenvollzug	10	6	–	4	–	–
Bildung, Erziehung und Stipendien	5	3	–	2	–	–
Sozialhilfe	5	1	–	–	2	2
Öffentliches Beschaffungswesen	24	12	–	11	1	–
Unentgeltliche Prozessführung	17	1	1	11	2	2
Öffentlich-rechtliche Klagen	5	1	1	1	–	2
Beschwerden in Klagefällen	–	–	–	–	–	–
Diverse	3	2	–	–	–	1
Total	223	63	7	105	27	21

Von den 223 erledigten Fällen lagen 206 im Zuständigkeitsbereich des Gerichts und 17 in jenem des Präsidenten als Einzelrichter. 63 Verfahren wurden durch Abschreibung erledigt, der überwiegende Teil davon infolge Rückzugs des Rechtsmittels bzw. Verzicht auf die Leistung des Kostenvorschusses oder Widerrufs der angefochtenen Verfügung.

Auch im Berichtsjahr konnte bei den meisten Fällen eine kurze Verfahrensdauer eingehalten werden. Das Verwaltungsgericht hat mehr als die Hälfte aller Fälle innert weniger als drei Monaten und über 85 % aller Fälle innert sechs Monaten nach Eingang der Beschwerde oder Klage erledigt. Die Dauer der Verfahren vom Eingang des Rechtsmittels bis zur Zustellung des schriftlich begründeten Urteils (abzüglich der Dauer von Sistierungen) ergibt sich aus der nachfolgenden Zusammenstellung:

	Dauer des Verfahrens in Monaten			
	bis 3	bis 6	bis 9	über 9
Beschwerden und Klagen	120	73	27	3

Im Berichtsjahr wurden beim Bundesgericht insgesamt 50 Beschwerden gegen Urteile und Zwischenentscheide des Verwaltungsgerichts erhoben. Im Jahr zuvor waren lediglich 40 Urteile angefochten worden. Die Zunahme dürfte auf das seit 1. Januar 2007 geltende neue Bundesgerichtsgesetz zurückzuführen sein. Dieses sieht grundsätzlich gegen jeden letztinstanzlichen kantonalen Entscheid ein ordentliches Rechtsmittel vor, mit dem die Verletzung von Bundesrecht gerügt werden kann. Die frühere staatsrechtliche Beschwerde hatte hingegen als ausserordentliches Rechtsmittel nicht in einer Rechtsmittelbelehrung angegeben werden müssen. Im Berichtsjahr hat das Bundesgericht 43 hängige Beschwerden entschieden, davon 29 aus dem Berichtsjahr und 14 aus dem Vorjahr. In drei Fällen hat das Bundesgericht eine Beschwerde gegen einen Entscheid des Verwaltungsgerichts gutgeheissen. In einem ausländerrechtlichen Fall hiess es die Beschwerde eines in der Schweiz niedergelassenen Mannes aus Kosovo gut. Dieser war in Österreich wegen Kokainhandels mit zwei Jahren Freiheitsentzug bestraft worden. Das Verwaltungsgericht wies seine Beschwerde gegen die vom Ausländeramt verfügte Ausweisung ab. Das Bundesgericht wies die Sache zur weiteren Abklärung an die kantonalen Instanzen zurück, damit diese prüften, ob es sich beim Kokainhandel um einen einmaligen Fehltritt gehandelt habe und inwiefern aufgrund der während des Beschwerdeverfahrens erfolgten Heirat einer Schweizerin die Massnahme verhältnismässig erscheine. Noch während des Verfahrens vor Bundesgericht wurde der Mann wegen Verdachts des banden- und gewerbsmässigen Diebstahls in Untersuchungshaft gesetzt. Das Verwaltungsgericht wies daher die Sache an das Ausländeramt zurück, damit dieses in Kenntnis allfälliger weiterer Delikte erneut über die Ausweisung entscheidet. Das Strafverfahren ist noch hängig, weshalb bislang auch das Ausländeramt noch keinen neuen Entscheid gefällt hat. In einem weiteren ausländerrechtlichen Fall erachtete das Bundesgericht die Verweigerung des Familiennachzugsbegehrens einer sozialhilfeabhängigen Türkin für ihren Ehemann, dessen Asylgesuch abgewiesen worden war, als unverhältnismässig, und wies die Sache zu neuem Entscheid im Sinne der Erwägungen an das Ausländeramt zurück. Das Bundesgericht erachtete es

als angebracht, dem Ehemann eine Chance zu geben, durch eigene Arbeit zum Unterhalt der Familie, zu der mittlerweile eine Tochter hinzugekommen war, massgeblich beizutragen. Die angebehrte Aufenthaltsbewilligung sei – im Sinne einer Probezeit – für die Dauer eines Jahres zu bewilligen. Ausserdem hiess das Bundesgericht eine Beschwerde in einer Streitsache über eine Mobilfunkantennenanlage teilweise gut und wies die Streitsache zu neuer Beurteilung an das Verwaltungsgericht zurück. Das Bundesgericht erwog unter Bezugnahme auf die Vernehmlassung des Bundesamtes für Umwelt im bundesgerichtlichen Verfahren, das kantonale Amt für Umweltschutz habe nicht die Grenzwerte für den Ort mit der stärksten Strahlenbelastung berechnet. Das Verwaltungsgericht wies die Sache zur neuen Beurteilung an das Baudepartement zurück.

c) Verschiedenes

In den Amtsberichten der Vorjahre wurde auf die öffentlich-rechtlichen Klagen hingewiesen, mit denen verschiedene Berufsverbände des Gesundheitswesens und Einzelpersonen Lohnforderungen gegen den Kanton aufgrund des Bundesgesetzes über die Gleichstellung von Frau und Mann (GIG, SR 151.1) geltend machen. Nachdem das Bundesgericht Mitte 2005 die von den Klägerinnen erhobene staatsrechtliche Beschwerde gegen die Bestimmung des Experten für die Erstellung eines Gutachtens zur Arbeitsplatzbewertung abgewiesen hatte, wurde der Gutachterauftrag erteilt und die Experteninstruktion durchgeführt. Im Laufe des Jahres 2006 fanden die schriftliche Befragung von insgesamt 33 Personen (ausgeloste Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie deren Vorgesetzte) sowie fünfzehn mehrstündige Beobachtungen an den Arbeitsplätzen der ausgelosten Personen sowie Befragungen derselben statt. An diesen Erhebungen nahm eine Delegation des Gerichts teil. Im Spätsommer 2007 lag das Gutachten vor. Die Parteien erhielten in der Folge Gelegenheit, sich dazu zu äussern. Für das Jahr 2008 ist eine öffentliche Verhandlung vorgesehen, in deren Anschluss das Gericht voraussichtlich entscheiden wird.

d) Aufsicht über Versicherungsgericht und Verwaltungsrekurskommission

Beim Versicherungsgericht und bei der Verwaltungsrekurskommission sind im Berichtsjahr die neu eingegangenen Fälle zum Teil deutlich angestiegen. Beim Versicherungsgericht beträgt der Anstieg, der zur Hauptsache auf eine Zunahme der Fälle aus der Invalidenversicherung zurückzuführen ist, rund 25%. Aufgrund dieses starken Anstiegs wurden im Sinn einer Sofortmassnahme durch Aufstockung des Aushilfskredits auf den 1. Juli 2007 zwei a.o. Gerichtsschreiberstellen geschaffen. Diese sind vorerst bis Ende 2008 befristet. Bei der Verwaltungsrekurskommission beträgt die Zunahme der Fälle rund 11%. Da auch die Zahl der erledigten Fälle gesteigert werden konnte, sind keine personellen Massnahmen erforderlich.

Das Verwaltungsgericht publiziert seit 2004 einen Grossteil seiner Urteile im Internet (www.gerichte.sg.ch). Seit dem letzten Jahr veröffentlicht auch das Versicherungsgericht seine Urteile nach Sachgebieten geordnet auf der Website der Gerichte. Das grosse Interesse an den im Internet publizierten Urteilen und den weiteren Informationen über die Gerichte zeigt sich an der Zahl der besuchten Seiten. Im Jahr 2007 wurden auf den Seiten zur Rechtsprechung des Verwaltungsgerichts rund 10'500 Besuche von Internet-Nutzern und auf jenen zur Rechtsprechung von Versicherungsgericht und Verwaltungsrekurskommission je rund 3'500 Besuche registriert.

2. Versicherungsgericht

a) Allgemeines

Die im letzten Amtsbericht angekündigte Zeiterfassung nach Funktionen bei der Fallbearbeitung ist im abgelaufenen Jahr durchgeführt und ausgewertet worden. Anhand von knapp 300 Fällen aus praktisch allen Rechtsgebieten wurde geprüft, ob sich mit Bezug auf die beteiligten Funktionen (Referent/in, mitwirkende/r Richter/in, Vorsitz) generelle Aussagen zum erforderlichen Bearbeitungsaufwand machen und ob sich die subjektiven Einschätzungen bezüglich unterschiedlicher Aufwendigkeit der Fälle je nach Rechtsgebiet objektivieren lassen. Während es bezüglich der ersten Fragestellung schwierig war, allgemein gültige Aussagen aus den Zahlen abzuleiten, hat die Auswertung bestätigt, dass – soweit aufgrund der Fallzahlen überhaupt ein zuverlässiger Durchschnittswert ermittelt werden kann – der durchschnittliche Aufwand je Fall in den drei Rechtsgebieten Invalidenversicherung (IV), Unfallversicherung (UV) und Berufliche Vorsorge (BV) deutlich höher ist als in anderen Bereichen. Konkrete weitergehende Schlüsse mit Blick auf allfällige Leistungsvorgaben können aber auch aus diesen Zahlen nicht gezogen werden. Immerhin hat die durchgeführte Zeiterfassung klar aufgezeigt, dass die starke Zunahme der Neueingänge in den Bereichen IV und UV, wie sie in den letzten Jahren zur Kenntnis genommen werden musste, eine überproportionale Zunahme der durchschnittlichen Bearbeitungszeit je Fall zur Folge hat und damit – ohne Gegenmassnahmen – zu einem entsprechenden Anstieg der Pendenzen am Jahresende führen wird.

b) Personelles

Auf den 31. März 2007 ist der langjährige Gesamtgerichtsschreiber lic.oec. Karlheinz Vaishar nach beinahe 30 Dienstjahren in den Ruhestand getreten. Er hat in seiner langen Dienstzeit die Entwicklung des Versicherungsgerichtes stark mitgeprägt und insbesondere mit dem Aufbau der gerichtsinternen

Rechtsinformationsdatenbank «FindInfo» bleibende Verdienste erworben. Unsere besten Wünsche begleiten ihn in den Ruhestand.

c) Geschäftslast

Die Neueingänge (915) haben gegenüber dem Vorjahr weiter um 25,9% (+188 Fälle) zugenommen und damit seit dem Tiefstand von 2003 (517 Fälle; Inkrafttreten des ATSG) einen neuen Höchststand erreicht. Hauptursache für diesen Anstieg ist die Invalidenversicherung, wo eine Zunahme um beinahe 70% (+210 Fälle) verzeichnet werden musste. Ebenfalls überdurchschnittlich gestiegen sind die Eingänge bei der Unfallversicherung (+27,8%), während bei der Arbeitslosenversicherung (-26,9%) sowie der AHV (-15,2%) und der Beruflichen Vorsorge (-23,3%) ein grösserer Rückgang zu verzeichnen ist, der allerdings in den beiden letztgenannten Rechtsgebieten in absoluten Zahlen (-5 bzw. -7 Fälle) kaum ins Gewicht fällt. Mit einem Anteil von 55,8% machen die neu eingegangenen IV-Fälle erstmals mehr als die Hälfte aller Neueingänge aus. Zusammen mit den UV-Fällen entfielen damit im Berichtsjahr beinahe 70% aller Neueingänge auf die aufwendigeren Rechtsgebiete Invalidenversicherung und Unfallversicherung. Trotz einer leichten Steigerung auch bei den Erledigungen (+25 Fälle) musste deswegen ein grösserer Anstieg der Pendenzen um 44% (+197 Fälle) in Kauf genommen werden. Damit bewegen sich die pendenten Fälle am Jahresende erstmals seit 10 Jahren wieder im Bereich von 90% der im gleichen Jahr erledigten Fälle. Rund zwei Drittel dieser Pendenzen entfallen auf die Invalidenversicherung. Von den 644 am Jahresende pendenten Fällen waren 355 spruchreif, d.h. bereit für Referaterstellung oder bereits zum Referat zugeteilt, 228 Fälle befanden sich noch in einem früheren Verfahrensstadium und 35 Fälle waren sistiert. Weitere 26 Fälle waren am Jahresende bereits beurteilt, das Urteil aber noch nicht versandt. Die Verfahrensdauer ab Einschreibung betrug in 88% (Vorjahr: 92%) der erledigten Fälle ein Jahr oder weniger. 71% (Vorjahr: 74%) aller erledigten Fälle wurden innerhalb von 9 Monaten, 47% (Vorjahr: 43%) innerhalb von 6 Monaten ab Einschreibung erledigt.

Im Berichtsjahr wurden 131 Entscheide (18,3%) an das Bundesgericht weitergezogen. Im gleichen Zeitraum hat das Bundesgericht 124 Beschwerden gegen Entscheide des Versicherungsgerichtes aus den Jahren 2005 bis 2007 beurteilt. Davon wurden 58 abgewiesen (47%, Vorjahr: 57%), 13 teilweise (11%; Vorjahr 13%) und 25 vollumfänglich (20%; Vorjahr 21%) gutgeheissen. 24 Beschwerden (19%, Vorjahr 6%) wurden durch Nichteintreten erledigt, 4 wurden zufolge Rückzugs abgeschrieben.

Über die Belastung und die Erledigungen der einzelnen Abteilungen geben die nachfolgenden Aufstellungen und Angaben Aufschluss:

Statistik nach Eingängen, Erledigungen und Pendenzen

Rechtsgebiet	Pendenzen aus Vor-Perioden	Eingänge	Pendenzen insgesamt	Erledigungen Gericht	Erledigungen Einzelrichter	andere Erledigungen *	Erledigungen	Pendenzen
AHV	9	28	37	12	13	–	25	12
Erwerbsersatzordnung	1	–	1	1	–	–	1	–
Familienzulagen	–	–	–	–	–	–	–	–
Kinderzulagen	4	17	21	5	6	–	11	10
Alimentenbevorschussung	–	1	1	1	–	–	1	–
Mutterschaftsbeiträge	–	1	1	–	–	–	–	1
Opferhilfe	1	6	7	4	2	–	6	1
Arbeitslosenversicherung	67	122	189	97	43	–	140	49
Mutterschaftsversicherung	–	1	1	1	–	–	1	–
Total Abteilung I	82	176	258	121	64	–	185	73
Invalidenversicherung	210	511	721	145	151	–	296	425
Hilfsmittel AHV	–	6	6	1	4	–	5	1
Ergänzungsleistungen	30	49	79	39	17	–	56	23
a.o. Ergänzungsleistungen	1	–	1	–	–	–	–	1
Total Abteilung II	241	566	807	185	172	–	357	450
Krankenversicherung (Bund)	9	19	28	10	8	–	18	10
Krankenversicherung (Kanton)	3	6	9	3	1	–	4	5
Unfallversicherung	81	124	205	96	20	1	117	88
Militärversicherung	3	1	4	4	–	–	4	–
Berufliche Vorsorge	20	23	43	11	16	–	27	16
Total Abteilung III	116	173	289	124	45	1	170	119
Schiedsgericht Kranken- und Unfall- sowie Invalidenversicherung	8	–	8	–	6	–	6	2
Total Abt. I bis III und Schiedsgericht	447	915	1362	430	287	1	718	644

* Verfahrensvereinigung u.ä.

Statistik nach der Art der Erledigung

Rechtsgebiet	Insgesamt	Nichteintreten	Gutheissung	Teilweise Gutheissung	Abweisung	Abschreibung	Kostenanspruch	Vorsorgeausgleich	andere Erledigung
AHV	25	–	3	2	9	10	1	–	–
Erwerbsersatzordnung	1	–	1	–	–	–	–	–	–
Familienzulagen	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Kinderzulagen	11	–	1	3	3	4	–	–	–
Alimentenbevorschussung	1	–	1	–	–	–	–	–	–
Mutterschaftsbeiträge	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Opferhilfe	6	–	1	3	–	2	–	–	–
Arbeitslosenversicherung	140	3	32	33	59	11	2	–	–
Mutterschaftsversicherung	1	–	–	–	1	–	–	–	–
Total Abteilung I	185	3	39	41	72	27	3	–	–
Invalidenversicherung	296	10	42	53	65	122	4	–	–
Hilfsmittel AHV	5	1	–	2	1	1	–	–	–
Ergänzungsleistungen	56	–	9	22	22	3	–	–	–
a.o. Ergänzungsleistungen	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Total Abteilung II	357	11	51	77	88	126	4	–	–
Krankenversicherung (Bund)	18	4	3	3	4	3	1	–	–
Krankenversicherung (Kanton)	4	1	1	–	2	–	–	–	–
Unfallversicherung	117	5	8	17	70	15	1	–	1
Militärversicherung	4	–	–	1	3	–	–	–	–
Berufliche Vorsorge	27	–	5	5	3	6	1	7	–
Total Abteilung III	170	10	17	26	82	24	3	7	1
Schiedsgericht Kranken- und Unfall- sowie Invalidenversicherung	6	–	–	–	–	6	–	–	–
Total Abt. I bis III und Schiedsgericht	718	24	107	144	242	183	10	7	1

3. Verwaltungsrekurskommission

a) Personelles

Auf das Ende des Berichtsjahres trat Erwin Müller, St.Gallen, nach über dreissigjähriger Tätigkeit als nebenamtlicher Richter zurück. An seine Stelle wählte die Regierung lic.iur. Markus Frei, Rechtsanwalt, St.Gallen. Als Fachrichter der Abteilung V traten Dr. med. Hans Gammeter, Arzt für Allgemeine Medizin FMH und Spezialarzt FMH für Tropenkrankheiten, und Dr. med. Rudolf Schläpfer, Spezialarzt FMH für Psychiatrie und Psychotherapie, zurück. Sie und die beiden im Vorjahr ausgeschiedenen ärztlichen Fachrichter wurden durch Dr. med. Mina Greutert, Fachärztin für Psychiatrie und Psychotherapie, sowie Dr. med. Jan Mikolasek, med. pract. Andreas Quarella und Dr. med. Urs Stillhard, Fachärzte für Psychiatrie und Psychotherapie, ersetzt.

b) Geschäftslast

Zu den Ende 2006 in den Abteilungen I bis VI pendenten 189 (176) Fällen sind im Berichtsjahr 862 (777) Neueingänge hinzugekommen. Davon betrafen 348 (321) das Abgaberecht (Steuern, Beiträge, Gebühren), 131 (193) das Verkehrsrecht (vor allem Administrativmassnahmen nach Strassenverkehrsrecht), 156 (141) die fürsorgerische Freiheitsentziehung sowie vormundschaftliche Massnahmen und 184 (88) die Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht (vor allem Haftüberprüfungen). Die restlichen 43 (34) Neueingänge verteilten sich auf die übrigen in die Zuständigkeit der Verwaltungsrekurskommission fallenden Sachgebiete.

Die Verwaltungsrekurskommission hat im Berichtsjahr 114 (106) fachrichterliche Einvernahmen, 194 (145) Parteiverhandlungen und 13 (13) Einigungsverhandlungen und Augenscheine durchgeführt. In 11 (11) Fällen konnte zwischen den Beteiligten ein Vergleich herbeigeführt werden. An 100 (89) Sitzungen wurden 222 (193) Rekurse und Beschwerden sowie 52 (53) öffentlichrechtliche Klagen durch Entscheid erledigt. 10 (4) Gerichtsentscheide ergingen auf dem Zirkulationsweg. 299 (335) Rekurse und Beschwerden und 101 (93) Klagen sowie 186 (86) Gesuche und Beschwerden im Bereich der Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht konnten durch Präsidialverfügung oder Einzelrichterentscheid erledigt werden. Ausserdem wurden 53 (41) Begehren um unentgeltliche Prozessführung, Fristenwiederherstellung und aufschiebende Wirkung behandelt.

Insgesamt konnten 870 (764) Fälle erledigt werden. Damit verminderte sich die Zahl der pendenten Fälle per Ende 2007 gegenüber Ende 2006 um 8 auf 181 (189). Von den 181 Pendenzen wurden 177 im Jahr 2007 und 3 im Jahr 2006 eingeschrieben. Eine Streitsache wurde im Jahr 2005 eingeschrieben. 17 (22) Streitsachen sind sistiert. Über die Geschäftslast gibt die nachfolgende Tabelle Auskunft.

Übersicht über die im Jahre 2007 behandelten Rekurse, Beschwerden, Klagen und Gesuche

	Am 1. Jan. 2007 übernommen	Neu- eingänge 2007	Total	Erledigung durch		am 31. Dez. 2007 noch anhängig	Weiterzüge
				Gericht	Präsident		
Abteilung I							
(Abgaben und öffentliche Dienstpflichten)							
1. Kammer	118	313	431	139	178	114	21
2. Kammer	16	35	51	26	14	11	7
Abteilung II							
(Schätzungen, Landwirtschaft und Jagd)							
1. Kammer	3	19	22	6	6	10	2
2. Kammer	2	14	16	1	14	1	–
3. Kammer	9	8	17	3	11	3	–
Abteilung III							
(Arbeitnehmerschutz, Berufsbildung und Sozialhilfe)							
	1	2	3	2	–	1	–
Abteilung IV							
(Verkehr)							
	31	131	162	52	76	34	3
Abteilung V							
(fürsorgerische Freiheitsentziehung und vormundschaftliche Massnahmen)							
	6	156	162	55	101	6	3
Abteilung VI							
(Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht)							
	3	184	187	–	186	1	4
	189	862	1051	284	586	181	40

c) Art der Erledigung und Dauer der Verfahren

Über die Art der Geschäftserledigung gibt die nachfolgende Statistik Aufschluss:

	Insgesamt	Abschreibung	Nichteintreten	Abweisung	Gutheissung		Rückweisung
					ganz	teilweise	
Abteilung I							
(Abgaben und öffentliche Dienstpflichten)							
1. Kammer	317	180	7	66	19	37	8
2. Kammer	40	14	1	8	11	3	3
Abteilung II							
(Schätzungen, Landwirtschaft und Jagd)							
1. Kammer	12	6	1	3	1	1	–
2. Kammer	15	14	–	–	–	1	–
3. Kammer	14	11	–	–	2	1	–
Abteilung III							
(Arbeitnehmerschutz, Berufsbildung und Sozialhilfe)							
	2	–	–	–	2	–	–
Abteilung IV							
(Verkehr)							
	128	64	1	36	15	7	5
Abteilung V							
(fürsorgerische Freiheitsentziehung und vormundschaftliche Massnahmen)							
	156	101	2	29	21	1	2
Abteilung VI							
(Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht)							
	186	11	–	165	7	3	–
Total	870	401	12	307	78	54	18

Die Dauer der Verfahren der 870 erledigten Streitsachen vom Eingang bis zur Zustellung des Entscheides, abzüglich der Dauer von Sistierungen, ergibt sich aus der folgenden Zusammenstellung:

	Dauer des Verfahrens in Monaten					
	bis 1	bis 3	bis 6	über 9	bis 12	über 12
Rekurse, Beschwerden, Klagen und Gesuche	451	152	95	121	45	6

40 Entscheide der Verwaltungsrekurskommission wurden im Jahr 2007 bei den Rechtsmittelinstanzen (Verwaltungsgericht und Bundesgericht) angefochten. Im Berichtsjahr hat das Verwaltungsgericht 27 Beschwerden entschieden. 22 Beschwerden wurden abgewiesen bzw. durch Abschreibung erledigt, während drei Beschwerden ganz und zwei Beschwerden teilweise gutgeheissen wurden. Im gleichen Zeitraum hat das Bundesgericht 15 Rechtsmittel beurteilt. Drei Rechtsmittel wurden gutgeheissen, die übrigen durch Abweisungs- bzw. Nichteintretensentscheide oder Abschreibung erledigt.

St.Gallen, 8. Februar 2008

Im Namen des Verwaltungsgerichtes
Der Präsident:
Prof. Dr. Ulrich Cavelti

